

Edgar Wolfrum (Hrsg.)

Die Deutschen im 20. Jahrhundert



Wissenschaftliche Buchgesellschaft

Einbandgestaltung: Peter Lohse, Bütteleborn.

Foto: akg, Berlin.

Inhalt

Die Deutschen im 20. Jahrhundert	VII
I. Demokratie und Diktatur Grundzüge der Politik	
Die Zerstörung der Weimarer Demokratie: Krisenverschärfung und Alternativenverschleiß	3
Das „Dritte Reich“: Führerstaat – Widerstand – Nonkonformismus	14
Ankunft im Westen: Die Bundesrepublik Deutschland	26
Aufbruch im Osten? Die DDR	40
II. Fußball, Informell und Agitprop Kulturelle Trends	
Weimar: Perikleisches Zeitalter und archimedische Punkte	55
NS-Staat: „Entartete“ und „völkische“ Kunst und Kultur	67
Die Amerikanisierung der Bundesrepublik	77
Parteiauftrag: Der neue Mensch	89
III. Daimler, Trabi, DAX Wirtschaft und Konsum	
Wirtschaft und Sozialstaat in Weimar: Kompromiss und Experiment	101
Die deutsche Kriegswirtschaft: „Rüstungswunder“ und Zwangsarbeit	112
Wirtschaftswunder und Wohlstandsgesellschaft in der Bundesrepublik	123
Sozialistische Planwirtschaft: Die Ökonomie als Schicksal der DDR	134

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen,
Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in
und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2004 by Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt
Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.wbg-darmstadt.de

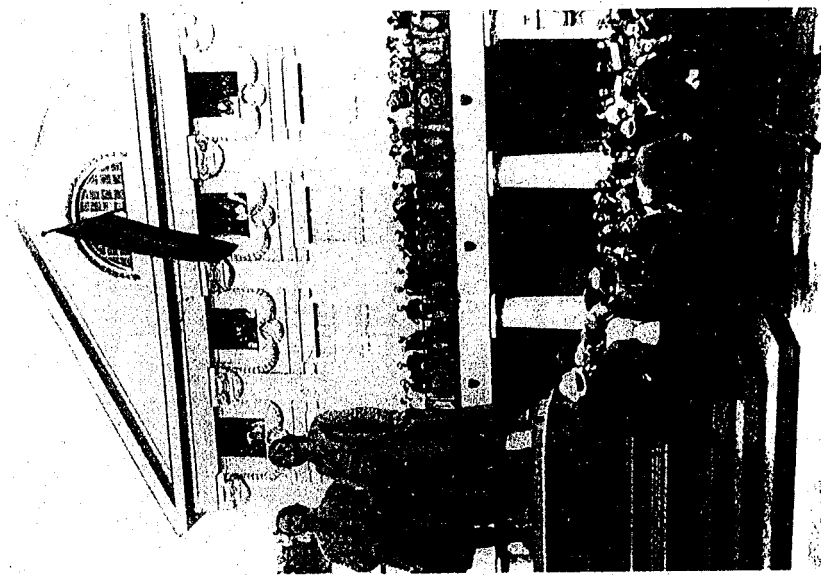
ISBN 3-534-16264-1

IV. Von der „Volksgemeinschaft“ zur „Spaßgesellschaft“ Mentalitätswandel	
Weimarer Weltanschauungen und Organisationsfetischismus	149
„Volksgenossen“ und „Volksgemeinschaft“: Anspruch und Wirklichkeit	159
Liberalisierung der Lebens- und Umgangsformen: '68 und die Folgen im Westen	169
Die DDR: Versäumte Revolten und nationales Trauma	181
V. Krieg, Vernichtung, Demokratie und Diktatur Das deutsche Gedächtnis	
Vom Ersten Weltkrieg zum Nationalsozialismus	195
„Drittes Reich“, Zweiter Weltkrieg und Holocaust in der Erinnerung	213
Geteilte Vergangenheit: Geschichtspolitik zwischen West und Ost	230
Die Zukunft der Geschichte heute	249
Anmerkungen	263
Literaturverzeichnis	283
Die Deutschen im 20. Jahrhundert – eine Chronologie	291
Abbildungsnachweis	300
Namenregister	301
Autoren	304

Die Zerstörung der Weimarer Demokratie: Krisenverschärfung und Alternativenversleiß

Die Rede von der Zerstörung der Weimarer Demokratie verdeckt das hohe Maß an Kontinuität, in dem die Bundesrepublik und die Weimarer Republik zueinander stehen. Beide sind Verfassungsstaaten, Sozial- und Wohlfahrtsstaaten, Bundesstaaten und parlamentarische Demokratien. Beide legen die politische Willensbildung in die Hand von Parteien und Parlament. Vor allem aber sind beide Rechtsstaaten. Die Weimarer Republik ihrerseits stand trotz Krieg und Revolution in einer Kontinuität zum Kaiserreich, das sowohl Rechtsstaat als auch Bundesstaat, sowohl Sozial- als auch Verfassungsstaat gewesen war. Mit dem Untergang der Weimarer politischen Institutionen sind nicht zugleich – auf einen längeren Zeitraum betrachtet – ihre politischen Ordnungsideen untergegangen. Nicht nur die politische und die wirtschaftliche Ordnung verbindet uns mit der ersten deutschen Nachkriegszeit. Die Vorgeschichte unserer Gegenwartskultur ist die „klassische Moderne“ der Zwanzigerjahre, wie sie uns in Theaterprogrammen, Museen und Konzertsälen täglich begegnet. Dazu gehören die Dramen Bertolt Brechts, die Musik Alban Bergs, die Bilder Paul Klees und die Architektur von Walter Gropius, die zum kulturellen Kennzeichen dieser Jahre geworden sind. Bei aller Nähe zur Tradition bildeten sich im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts diejenigen Vermittlungsformen zwischen Eigenem und Fremdem, zwischen Teil und Ganzem und zwischen Ich und Wir aus, mit denen wir uns auch heute noch selbst beschreiben. Gleichzeitig waren es Jahre eines tiefen Widerspruchs. Zur Entdeckung des gesellschaftlichen Pluralismus kam der „Traum vom neuen Menschen“. Die parlamentarische Republik von Weimar wurde von der Idee des Führerstaates herausgefordert. Die Deutschen der Weimarer Republik sind uns nah und fern zugleich.

Die Widersprüche der Weimarer Gesellschaft verhinderten, dass demokratische politische Ordnungsideen selbstverständlich wurden. Die Republik scheiterte an der wechselseitigen Verschärfung politischer und wirtschaftlicher Krisen. Was wir gemeinhin Weimarer Republik nennen, verband die demokratische Willensbildung und die parlamentarische Repräsentation mit republikanischen Institutionen. Zuerst ging der Parlamentarismus mit dem ersten Präsidialkabinett Brüning im März 1930 zugrunde, danach schleichend die demokratische Partizipation und schließlich wurden offen die republikanischen Institutionen zerstört. Dass zunächst der Parlamentarismus und dann erst die Demokratie beseitigt wurde, hatte viel mit dem spezifisch deutschen Weg in die politische Moderne zu tun. Das nationale Wahlrecht wurde bereits mit der Nationalstaatsgründung 1867 demokratisiert. Dennoch blieben die demokratischen Parteien stets im Vorhof der Macht stehen. Die Reichsregierung war bis zum Oktober 1918 vom Vertrauen des Parlaments unabhängig. Die umgekehrte Reihenfolge von frühzeitiger Parlamentarisierung und späterer Demokratisierung war weniger konfliktträchtig, wie



Weimar, 11. Februar 1919,
Friedrich Ebert hält nach seiner Wahl zum ersten Reichspräsidenten
eine Rede vom Balkon des Neuen Theaters.

lung drei Viertel der deutschen Wähler. Dieser Gründungskompromiss wertete die Arbeiterbewegung enorm auf und machte sie zur führenden politischen Kraft auf Zeit. Im Gegenzug hielten die Mehrheitssozialdemokraten an der privatkapitalistischen Eigentums- und Wirtschaftsordnung fest und sicherten die Stellung der Kirchen. Dennoch blieb das Bürgertum tief verunsichert und fürchtete um seine Sekurität – nach Jacob Burckhardt das historisch einzigartige Ergebnis der deutschen Staatsbildung im 19. Jahrhundert. Bis zum Juni 1919 befand sich die Politik im „Traumland der Waffenstillstandsperiode“ (Ernst Troeltsch), der endgültige Friedensschluss schuf ein wesentlich härteres Klima, in dem die politischen und sozialen Konflikte mit aller Schärfe hervortraten. Ernst Troeltsch schrieb:

20. 3. 1919: [...] Und da zankt man in Deutschland um Republik oder Restauration, um Partikularismus oder Unitarismus. Wir sind im Elend und zerfleischen uns dabei noch selbst! Wir sind hilflos und werden immer noch grenzenlos gefürchtet! Es ist, als ob das Abendland in eine Periode eingetreten wäre, wie es in der römischen Geschichte von den Gracchen bis Cäsar und Augustus war. Endlose Zuckungen und Wirren, tobender Wahnsinn unter begleitendem Moralisieren ohnmächtiger Philosophen und Philanthropen.¹

Die politisch extremen Kräfte begannen die Massen gegen die Verfassungsparteien zu mobilisieren. Auf der Rechten war dies die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), aber auch die republikfeindliche wirtschaftsliberale Deutsche Volkspartei (DVP). Auf der Linken mobilisierte die im Januar 1919 gegründete KPD gegen die demokratische Republik, im Fortgang der Auseinandersetzungen konzentrierten sich ihre Angriffe zunehmend auf die Sozialdemokratie.

Im Juni 1920 verloren die drei Weimarer Verfassungsparteien ihre parlamentarische Mehrheit, um sie nie mehr wiederzugewinnen. Fortan trug nur noch die Regierung des mit zwei Dritteln des Reichsgebietes größten Bundesstaates Preußen den Verfassungskompromiss vom Frühjahr 1919. Hier besaß die Weimarer Koalition – anders als im Reich – bis 1932 die parlamentarische Mehrheit. Auf nationaler Ebene arbeitete das Parlament nicht am Verfassungsausbau, sondern vielmehr am Verfassungsumbau. Das deutlichste Zeichen der Abkehr vom Verfassungskompromiss war die Wahl des kaiserlichen Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg zum Nachfolger des Sozialdemokraten Friedrich Ebert als Reichspräsident 1925. Auch wenn diese Wahl eine gewisse Annäherung der konservativen Parteien an die Republik brachte, so ging diese nie so weit, dass die politische Rechte die gesamte Verfassungsordnung mittrug.

Nachdem die Weimarer Koalition aus MSPD, Zentrum und DDP bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 für immer ihre Mehrheit verloren hatte, war die Mehrheitsbildung ungefähr zehn Jahre lang abhängig davon, ob die Innen- oder die Außenpolitik im Vordergrund stand. Eine Koalition aus Mitte-rechts-Parteien von der linksliberalen DDP bis hin zur konservativen DNVP trug die innenpolitischen Entscheidungen. Die Außenpolitik wurde dagegen von einer nach links verschobenen großen Koalition unter Einschluss der 1922 wieder vereinigten SPD getragen. Der langjährige Außenminister Gustav Stresemann hielt die Unterstützung der internationalistischen Sozial-

die englische Geschichte bewies. Dort gab es bis zum Ersten Weltkrieg kein demokratisches Wahlrecht, wohl aber konnte das englische Parlament auf eine mehrhundertjährige machtvolle Geschichte zurückblicken.

Einen tiefen Bruch brachte auch die Revolution vom November 1918 nicht. Zwar beseitigte sie das Kaiserreich aus revolutionärem Recht. Auch führte sie das Frauenwahlrecht ein, noch bevor die Nationalversammlung darüber befinden konnte. Die neue politische Ordnung basierte auf einem Kompromiss zwischen der gemäßigten Arbeiterbewegung, dem politischen Katholizismus und dem liberalen Bürgertum. Die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD), die katholische Zentrumspartei und die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) vertraten in der Weimarer Nationalversamm-

demokratie in einer großen Koalition schon deswegen für unerlässlich, weil er im Ausland in der Reparationsfrage um Vertrauen werben musste. Stresemanns Außenpolitik, aber auch die seiner Vorgänger und Nachfolger, verfolgte einen doppelten Kurs: Den westlichen Nachbarn sicherte das Reich Vertragstreue zu und garantierte die Unverletzbarkeit der Grenzen wie sie der Versailler Vertrag gezogen hatte. Der Höhepunkt dieser Politik war das Vertragswerk von Locarno vom Oktober 1925. Konsequenterweise trat Deutschland am 10. September 1926 dem Völkerbund bei. Im Osten behielt sich Deutschland jedoch die Revision der Grenzen vor. Was im Westen vertraglich fest zugesagt war, verweigerte die Reichsregierung im Osten gegenüber dem 1918 neu gegründeten polnischen Staat. Deutlichster Ausdruck dieser Machtpolitik im Osten war der Rapallo-Pakt mit Sowjetrußland, in dem beide Staaten auf wechselseitige Reparationsansprüche verzichteten. Die Außenpolitik der Weimarer Republik war einerseits den Zwängen des Versailler Vertrages geschuldet, andererseits betrieb das Reich schon bald nach 1918 wieder nationale Machtpolitik.

Diese Schere zwischen Innen- und Außenpolitik dauerte bis zum Abschluss des Young-Plans im Winter 1929/30, der auf längere Sicht die Reparationsfrage regelte. Schon zuvor hatten Hindenburg und seine hochkonservativen Gesinnungsfreunde den aktiven Verfassungsumbau von rechts her vorbereitet. Kurz nach der endgültigen Unterzeichnung des Young-Plans schied am 27. März 1930 die letzte parlamentarische Mehrheitsregierung der Republik unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller aus dem Amt. Ihr folgte ein Präsidialkabinett, das sich ausschließlich auf das Vertrauen des Reichspräsidenten und nicht mehr des Reichstages stützte. Der neue Reichskanzler Heinrich Brüning von der katholischen Zentrumspartei sollte ohne das Parlament und in der Tendenz sogar gegen dessen größte Partei, die Sozialdemokratie, regieren. Von Hindenburg und seinen Beratern beabsichtigt, verschob sich das politische Entscheidungszentrum von der Legislative hin zum Reichspräsidenten. Die Krise der Weimarer Republik war die Stunde der Exekutive. Die öffentliche Wahrnehmung der Krise war jedoch eine andere. Verantwortlich für das Scheitern von Parlamentarismus und Demokratie waren in den Augen der deutschen Öffentlichkeit nicht Brüning und Hindenburg, sondern der Reichstag und die politischen Parteien. Das Präsidialregime bediente ab 1930 den seit dem Kaiserreich weit verbreiteten antiparlamentarischen Affekt.

Die außenpolitische Krisenentschärfung begünstigte im Ergebnis die innenpolitische Krisenverschärfung. Die Weltwirtschaftskrise betraf auch die westlichen Nachbarn Frankreich und England, besonders aber die Vereinigten Staaten. Deren politische Systeme hatten mehr Erfahrung im Krisenmanagement als Deutschland. Die größere Fähigkeit zur Krisenlösung in den westlichen Staaten machte Deutschland noch nicht zu einem Sonderfall. Wohl aber bildete Deutschland einen extremen Fall, in dem sich politische, wirtschaftliche und kulturelle Krisenwahrnehmungen wechselseitig verschärften. Selbst die Lehre, die die deutsche Politik aus der Hyperinflation 1923 gezogen hatte, der Antimflationkonsens, verschärfte die Krise seit 1930 weiter, statt sie zu entschärfen. Die Krisen der Weimarer Wirtschaft und Gesellschaft schlugen binnen kurzem auf alle klassischen Funktionen des Staates durch.

Die politische Identität der Weimarer Republik war schon weit vor der Staatskrise ab 1930 prekär. Die Gründung der Republik wurde von einem großen Teil der Bevölkerung als Folge der Weltkriegsniederlage erlebt. Sie besaß damit in den Augen vieler keine eigene Legitimität, sondern war die Fortsetzung einer Geschichte von Hunger, millionenfachem Tod und Niederlage. Die Wahrnehmung des politischen Systems nach 1919 geschah aus dem Blickwinkel rückwirkend idealisierter Vorkriegszustände. Das Selbstbild des wilhelminischen Obrigkeitsstaates bildete auch nach 1919 die Messlatte für die Erwartungen an die Republik. Eine echte Profilierung der Weimarer Republik hätte die Distanzierung von den für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges Verantwortlichen gefordert. Als der Sozialdemokrat Karl Kautsky dem Reichskabinett im April 1919 Dokumente zur Julikrise 1914 vorlegte, die die kaiserliche Reichsführung belasteten, unterließ Friedrich Ebert deren Veröffentlichung, da er befürchtete, die alliierten Siegermächte könnten die Friedensbedingungen verschärfen. Zu den politisch wirksamen Legenden nach 1918 gehörte nicht nur die Leugnung der militärischen Niederlage, die Novemberverechlerlüge, sondern auch ihre Zwillingsgeschwester, die Kriegsschuldslgende.² Die Distanzierung von der ersten Lüge durch die republikanischen Parteien wurde konterkariert durch die stillschweigende Akzeptanz der zweiten.³ Einerseits blieb die Republik von älteren Erfahrungen geprägt, andererseits war der Kontrast zum Kaiserreich in der politischen Dynamik, in der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung und in der kulturellen Experimentierfreudigkeit deutlich spürbar. Die Weimarer Republikaner traten eine Erbschaft ohne Testament an.⁴

Auch die rationale politische Legitimation des republikanisch-parlamentarischen Politikstils stieß auf immer größere Vorbehalte. Die Reserven reichten weit über die intellektuellensicht hinaus. Die Weimarer Republik appellierte an eine andere politische Rationalität als der durch monarchische Prärogativen durchbrochene Teilparlamentarismus des Kaiserreiches. Alle Macht ging jetzt ganz nüchtern vom deutschen Volk aus. Halb- und Teilkonstruktionen mit ihrem Hintersinn und ihrem geborgten Glanz fanden damit ihr Ende. Die Republik kam ohne jede Sakralität politischer Herrschaft aus. Sachlich und nüchtern sollte die schmucklose Republik den Willen des Volkes durchsetzen. Doch wer gehörte zum deutschen Volk nach der Abtrennung der polnischen Ostgebiete und des Elsass und nach dem alliierten Verbot des Anschlusses Österreichs? Die nationale Rechte bestand darauf, dass die Grundfrage nach dem politischen Souverän anders zu beantworten war, als es die Republik im Sinne des Staatsvolks tat. Der sachliche Politikstil stieß auf ein verbreitetes nationales Ressentiment, das alle politischen Grundbegriffe der Republik in Zweifel zog und dem es auch nicht genügte, wenn die Republik bei den Reparationsverhandlungen mit den Alliierten einen stramm nationalen Standpunkt vertrat. Der neue rationale Politikstil blieb theoretisch. Praktisch setzte sich das Bild einer glanzlosen Republik durch. Die politische Nüchternheit und die ästhetische Enthaltsamkeit der Republik provozierten ätzende Kritik. Das Schlagwort „Schwarz-Rot-Senf“ für die Reichsflagge war dabei noch eine der zurückhaltenderen Verunglimpfungen. In die gleiche Richtung zielte die Delegitimierung der republikanischen Politiker durch ein Foto, das Friedrich Ebert und Gustav Noske mit

entblößtem Oberkörper beim Baden zeigte. Der Körper der Republik reichte kaum über die Körper der Politiker hinaus. In der ästhetischen Ablehnung der Republik stimmten sowohl die äußerste Rechte als auch die äußerste Linke der Weltbühne Carl von Ossietzkys überein.

Die fortschreitende Delegitimierung der Weimarer Republik bedeutete das Scheitern der Basiskompromisse vom November 1918 zwischen der gemäßigten Arbeiterbewegung und den bürgerlichen Parteien. 1924 kündigten die Unternehmer die Zentrale Arbeitsgemeinschaft von Arbeitgebern und Gewerkschaften auf. Die Verschärfung der sozialen Verteilungskämpfe belegte aus der Sicht der alten Eliten nur, dass mit Gewerkschaften und politischer Arbeiterbewegung kein Staat zu machen war. 1930 schließlich legten Hindenburg, die wirtschaftsliberale Deutsche Volkspartei und der Zentrumskanzler Heinrich Brüning die parlamentarische Republik sang- und klanglos ad acta. Der politische Basiskompromiss der Republik, der auch ein sozialer Kompromiss war, ging an der Pluralismusfeindschaft und dem intransigenten Antisozialismus zugrunde.

Die folgende Entmachtung des Parlaments bedeutete die Rücknahme eines Partizipationsversprechens, das bis zur Gründung des deutschen Nationalstaates zurückreichte. Seit 1867 gab es auf nationaler Ebene das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Die Parteien sollten wie vor 1918 im Vorhof der Macht gehalten werden. Weil die Verweigerung politischer Partizipation auf eine Fundamentalpolitisierung der Wahlbevölkerung traf, standen die Grundlagen der politischen Ordnung und die Legitimität der Republik zur Debatte. Durch die kollektive Erfahrung des Weltkrieges, durch die ins Unermessliche gesteigerten Erwartungen, durch die Revolution und die Unruhen der Nachkriegszeit war die deutsche Gesellschaft in einem bisher ungekannten Maße politisiert worden. Ablesbar war dieser Prozess an den sehr hohen Wahlbeteiligungen und der Intensität der Wahlkämpfe. Bereits an den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 nahmen 83 Prozent aller Wahlberechtigten teil. Auch bei den Dauerwahlkämpfen des Jahres 1932 gingen über 80 Prozent, bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 sogar 84,1 Prozent zur Wahlurne. Der Politisierung entsprach in der Ära der Präsidialkabinette nach 1930 keine echte politische Teilhabe mehr. Es war die stärkste Oppositionspartei, die NSDAP, die sich zum Sprachrohr des Protests gegen die Partizipationsverweigerung und damit zum Anwalt des demokratischen Versprechens im Nationalstaat machte.

Über allem stand die alljährlich erfahrbare Distributionskrise, die alle anderen Krisenwahrnehmungen verstärkte und miteinander verband. Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Weimarer Republik basierte ursprünglich auf einem Ausgleich von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen. Eine ihrer Errungenschaften war der Acht-Stunden-Arbeitstag. Dass der Kompromiss nicht auf einem Konsens beruhte, zeigte die Hyperinflation des Jahres 1923, als die Arbeitgeber das Ende des Achtstundentages erzwangen. In den Verteilungskämpfen der Zwanzigerjahre trat der aggressive Wille der Unternehmer zur Totalrevision der zwischen 1918 und 1920 beschlossenen Sozialordnung immer offener zutage. Auch in den Jahren der relativen Stabilisierung blieb die Arbeitslosigkeit hoch. 1926 waren zwei Millionen Erwerbstätige oder jeder Zehnte

arbeitslos, im Februar 1929 waren es bereits 3,05 Millionen, im Dezember 1930 4,384 Millionen und ein Jahr später 5,668 Millionen. Im Februar 1932, beim ersten Wahlgang für den Reichspräsidenten, erreichte die Arbeitslosenzahl ihren Höhepunkt mit 6,128 Millionen Erwerbslosen. Bei der Machtübertragung an die NSDAP waren es noch 6,014 Millionen.⁵ Die 1927 eingeführte Arbeitslosenversicherung war für eine solche Massenarbeitslosigkeit nicht konzipiert worden. Ihre Leistungen wurden reduziert und die Berechtigungen verschärft. Mit der Deflationspolitik der Präsidialkabinette verabschiedete sich der Staat aus seiner Rolle als gesellschaftlich-umverteiler in Zeiten der Not. Die Kommunen mussten selbst für das Allernötigste zum Überleben sorgen – und brachten darunter finanziell zusammen.

Die wirtschaftlich-soziale Krise griff bald auf die Politik über. Es herrschte der Eindruck der „Staatskrise“, bei vielen auch der „Systemkrise“ vor. Eine Staatskrise war es deshalb, weil letztlich unklar war, wer die Rechtssetzung beherrschte, wer über Ein- und Ausschluss aus der Gesellschaft und wer über Berechtigungen und Verweigerungen bestimmte: der Reichspräsident, seine in der Verfassung nicht vorgesehenen Berater oder das Parlament? Wie im preußischen Verfassungskonflikt zwischen 1862 und 1866 um „Parlamentsherrschaft oder monarchische Herrschaft“ neigte die Staatsführung auch in dieser Krise des Staates nach 1930 nicht zu einer Strategie der Entschärfung und der Konsenssuche, sondern zur Verschärfung und zur Dramatisierung. Auf jedes noch so vorsichtige Ansinnen einer sozialen Balance in den Notverordnungen, das die SPD an Brüning richtete, reagierte der Zentrumskanzler mit der Drohung, die Weimarer Koalition mit der SPD in Preußen aufzukündigen, wo der sozialdemokratische Innenminister Carl Severing die Kontrolle über die preußische Polizei besaß. Für eine legislative Rolle des Parlaments blieb dabei kein Raum. In der öffentlichen Meinung herrschte der Eindruck vor, das Zeitalter des Liberalismus und des liberalen Nationalstaates gehe zu Ende.

Das Scheitern der Weimarer Republik war dennoch nicht zwangsläufig. Es war keine automatische Folge der politischen und wirtschaftlichen Krise. Bis zum Januar 1933 gab es Alternativen zum Führerstaat. Zwischen 1930 und 1933 deuteten die Krisenlösungsversuche auf eine autoritäre und keine rassistische Umformung der Verfassung hin. In dem Maße, in dem die Nationalsozialisten an Wählerzulauf gewannen, wurde dieser innere Verfassungswandel, den die autoritäre Rechte um Hindenburg, Papen und Schleicher anstrebte, zur einzigen realistischen Alternative gegen eine Regierung Hitler. Dieser Prozess ging so weit, dass sich die Sozialdemokraten nicht nur zur Tolerierung des Präsidialkabinetts Brüning bereit fanden, sondern den Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg in den beiden Wahlgängen 1932 zu ihrem Kandidaten machten und ihm zum Sieg verhelfen. Bei den Reichspräsidentenwahlen 1925 hatten sie ihn noch erbittert bekämpft. Für die SPD reduzierte sich der politische Kampf auf den Grundsatz, Kapital zu sammeln und dem Teufel nicht den kleinen Finger zu geben. Aus der Sicht der republikanischen Verteidigerkoalition, die sich zusehends auf die Sozialdemokraten und wenige Linksliberale reduzierte, scheiterte die Weimarer Republik erst in dem Moment, als ihre schärfsten Widersacher, die Nationalsozialisten, an die Macht kamen.⁶ Ihr

politischer Kampf seit den Septemberwahlen 1930 orientierte sich an der Parole „Für oder gegen Hitler“.

Das klare Feindbild am Ende der Weimarer Republik begünstigte ein älteres Kennzeichen der deutschen Parteien: ihre weltanschauliche Abschottung und die Konzentration auf das Binnenleben. Eine politische Selbstanerkennung des Pluralismus in der Republik war damit nicht zu vereinbaren gewesen. Carl Schmitt zu Beginn des Jahres 1933:

Es ist in der Sache eine geradezu *phantastische Option* zwischen fünf untereinander völlig unvereinbaren, völlig entgegengesetzten, in ihrem Nebeneinander sinnlosen, aber jedes in sich geschlossenen und in sich totalen *Systemen*, mit fünf entgegengesetzten Weltanschauungen, Staatsformen und Wirtschaftssystemen. Zwischen fünf organisierten Systemen, von denen jedes in sich total ist und jedes, konsequent zu Ende gedacht, das andere aufhebt und vernichtet, also z. B. zwischen Atheismus oder Christentum, gleichzeitig zwischen Sozialismus oder Kapitalismus, gleichzeitig etwa zwischen Monarchie oder Republik, zwischen Moskau, Rom, Wittenberg, Genf und Braunem Haus und ähnlich inkompatiblen-Freund-Feind-Alternativen, hinter denen feste Organisationen stehen, soll ein Volk mehrmals im Jahre optieren!⁷

Die politischen Sozialmilieus orientierten sich nicht an der Integration in den Gesamtstaat. Sie verstanden sich nicht als Spieler in einem Konzert von Meinungen und Interessen, sondern als ideell vorweggenommene Mehrheitsparteien, wie gering ihr Stimmenanteil auch immer sein mochte. Die Differenz zur Mehrheit wurde von der Ideologie beglichen. Dieser Zusammenhang erreichte im Kampf gegen Hitler seinen Höhepunkt. Erst 1931 besaß die Vereinskultur der Sozialdemokratie ihre größte Dichte und Geschlossenheit. Bezeichnenderweise drängten gerade diejenigen Gruppen, die neu zur SPD stießen, wie Angestellte, Lehrer und Beamte, weniger auf eine Öffnung hin zur Volkspartei, sondern eher auf eine ideologische Schließung der Parteilinie, was die politische Widerstandskraft der Milieuparteien eher stärkte als schwächte.

Alle Krisenlösungsversuche nach 1930 hatten eines gemeinsam: Sie wollten den Weimarer politischen Pluralismus durch eine autoritär gesteuerte Willensbildung ersetzen. Insgesamt lassen sich mindestens vier verschiedene autoritäre Transformations- und Krisenstabilisierungsversuche unterscheiden, die unterschiedliche Ziele verfolgten und verschiedene Trägergruppen besaßen:

1. Reichspräsident Paul von Hindenburg, seine rechtskonservative Umgebung, weite Teile der Unternehmerschaft gerade aus der Schwerindustrie, der großagrarische Reichslandbund und die Reichswehr teilten einen scharfen, oft militanten Antisozialismus. Im Reich wie auch in Preußen war auf Dauer jedoch eine parlamentarische Regierung gegen die Sozialdemokratie nicht möglich. Die SPD hatte bei den Reichstagswahlen 1928 ein knappes Drittel der Stimmen errungen, war die mit Abstand größte Partei und stellte seitdem mit Hermann Müller den Kanzler im Reich und länger schon mit Otto Braun den Ministerpräsidenten in Preußen. Ein konsequenter Antisozialismus musste daher die parlamentarische Machtbasis der Sozialdemokratie ausschalten und die politische Entscheidungsebene vom Parlament auf den Reichspräsidenten verlagern.

Der sozialdemokratische Staatsrechtslehrer Hermann Heller kam auf die Gründe

dafür zu sprechen; warum der Antisozialismus bei den alten Eliten so stark war.⁸ Gerade das Bürgertum, die soziale Trägerschicht des Antisozialismus, distanzierte sich von seiner ureigensten Erfindung, dem Rechtsstaat, genau in dem Moment, als ihn sich die Arbeiterschaft zu Eigen gemacht und politischen Einfluss in der Legislative gewonnen hatte. Der Positionsgewinn der Arbeiterbewegung 1918/19 konnte am Willkürverbot und am Gleichheitsgrundsatz in der Verfassung abgelesen werden. Die Arbeiterbewegung konnte damit nach 1918 nicht mehr wie im Kaiserreich unter Ausnahmerecht gestellt werden. Ein Zurückdrängen der Arbeiterbewegung auf rechtsstaatlichem Wege war nach 1918 ausgeschlossen. Die Arbeiterparteien eindämmen hieß gegen den demokratischen Rechtsstaat vorgehen. Tatsächlich gehörten die Unternehmer zu den Ersten, die 1929 in ihrer Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang?“ die Abkehr von der Weimarer republikanischen Staatsordnung forderten.⁹ Nur wenn die wirtschaftliche Entwicklung einen Fahrstuhleffekt ermöglicht hätte, in dem es allen besser gegangen wäre, die relativen Unterschiede aber beibehalten worden wären, hätten die Unternehmer die Verfassungsordnung der Weimarer Republik akzeptiert. Dieser Effekt trat aber nicht ein.

Dieser antisozialistisch-autoritäre Stabilisierungsversuch hielt sich im Rahmen der Verfassung, die im Notverordnungsartikel 48 das nötige Instrument vorgab. Auch der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert hatte ihn 1923 beschritten, damals freilich mit nachträglicher Billigung durch den Reichstag. Der Antiparlamentarismus der Präsidialkabinette seit 1930 war dagegen ein Ausdruck des Antisozialismus, auch des Antiliberalismus. Anklang fand er bei der Zentrumsparlei und den alten Eliten in Politik und Verwaltung. Ein markantes Zeichen für die dramatischen Zwangslagen der sozialdemokratischen Republikverteidiger war es, dass die SPD dieses offen antisozialistische Kabinetts nach dem Wahlsieg der Nationalsozialisten am 14. September 1930 tolerierte. Der Antisozialismus des Präsidialregimes wurde für sie nur durch seinen gleichzeitigen Antinationalsozialismus einigermaßen erträglich gemacht. Der Notverordnungsartikel 48 bildete aus der Sicht der Verfassungsparteien eine Not- und Reserververfassung im Kampf gegen Hitler.

Der Antiparlamentarismus der Präsidialkabinette war zuerst einmal formal und gab noch keine inhaltliche politische Linie vor. Anders als es sich die Konstruktoren des autoritären Verfassungsumbaus gedacht hatten, waren auch die Präsidialkabinette zu Kompromissen gezwungen. Ganz unterschiedliche Politikziele konnten sich hinter dem zur Schau getragenen Antiparlamentarismus verbergen. Letztlich wiederholten sich die politischen Auseinandersetzungen, die bis dahin ihr Forum im Reichstag gefunden hatten, in den Präsidialkabinetten. Sie entschieden sich für ein Verbot der paramilitärischen SA und auch dagegen, für Rücksicht auf die SPD und dagegen, für eine deflationäre Wirtschaftspolitik aus dem Geist der Inflationsangst von 1923 und gegen eine aktive Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik, die die Arbeitslosigkeit gemindert hätte. Brüning behauptete später sogar in seinen Memoiren, gezielt auf eine Wiedereinführung der Monarchie hingearbeitet zu haben, wofür indessen jeder Beleg fehlt.¹⁰

Die unmittelbare Folge der autoritären Wende hin zum Reichspräsidenten als Ersatzmonarchen war der rasante Zerfall des politischen Personals. Brüning meinte, Ende Mai

1932 sinnloserweise nur hundert Meter vor dem Ziel, der endgültigen Streichung der Reparationen, gestürzt worden zu sein. Jedoch hatte er selbst die Konzentration der Politik beim Reichspräsidenten und seiner Umgebung maßgeblich mit ins Werk gesetzt. Was er mit geschaffen hatte, wirkte jetzt auf ihn zurück. Der Reichspräsident besaß kein echtes Korrektiv mehr unter den Bedingungen der autoritären Präsidialkabinette. Deren Rationalität wurde mit den immer häufigeren Minister- und Kabinettswechseln dysfunktional. Je autoritärer die Politik wurde, umso mehr politisches Personal wurde verschlissen.

2. Nach der von Reichskanzler Heinrich Brüning inszenierten Wiederwahl Hindenburgs im April 1932 war die Bahn frei für eine dauerhafte Umgestaltung der Verfassung und der Institutionen der Weimarer Republik, die jetzt über die Verfassungsordnung hinausgehen sollte. Deutlichstes Zeichen dieser autoritären Politik jenseits des Verfassungsbereichs war der „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932, also die Absetzung der von den Parteien der Weimarer Koalition (SPD, Zentrum und liberale Staatspartei) gebildeten geschäftsführenden preußischen Regierung. Zu diesem Zeitpunkt war Franz von Papen bereits Kanzler eines „Kabinetts der Barone“, so benannt, weil ihm Mitglieder des hocharistokratischen Berliner „Herrenclubs“ angehörten. Ganz nach dem Geschmack von Schwerindustrie und Hochfinanz betrieb er nicht nur den Staatsumbau, sondern auch den Gesellschaftsombau. Ziel seines Kabinetts war der von der Aristokratie und der Industrie getragene autoritäre Staat auf ständischer Grundlage, der auf das allgemeine Wahlrecht verzichtete. Umgesetzt werden konnte diese Vision nur zusammen mit den Nationalsozialisten, die bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 mit 37,3 Prozent und 230 Mandaten zur mit Abstand stärksten Partei geworden waren. Die gemeinsame Feindschaft gegen jedwede Form von Demokratie und Republik reichte indessen für eine Zusammenarbeit zwischen Papen und Hitler nicht aus. Die Tolerierung Papens durch die NSDAP fand ihr rasches Ende, als sich Hindenburg weigerte, den „böhmischen Gefreiten“ Adolf Hitler zum Reichskanzler zu ernennen, was dessen unabdingbare Forderung für den Eintritt in die Reichsregierung bildete. Sowohl Papen als auch Hitler bezahlten für das Scheitern dieses Plans einen hohen Preis. Papens Stellung als Reichskanzler war nicht zu halten. Die NSDAP verlor bei den vorgezogenen Neuwahlen am 6. November 1932 und bei anschließenden Landtagswahlen zum ersten Mal deutlich an Stimmen und Mandaten. Der Mythos der Unbesiegbarkeit Hitlers war dahin.

3. Papen war auch gescheitert, weil er für seinen Verfassungsumbau keine Massenbasis besaß. An diesem Punkt setzte sein langjähriger politischer Mentor, der Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium Kurt von Schleicher, an, der am 2. Dezember 1932 die Regierungsgeschäfte übernahm. Der autoritäre Verfassungsumbau sollte sich nach seinen Plänen auf eine politische Massenbasis stützen, die quer zu den politischen Lagern verlief. Die Versuche des „sozialen Generals“, eine „Querfront“ aus linken Nationalsozialisten um den zweiten Mann in der NSDAP, Gregor Strasser, und aus den sozialistischen Gewerkschaften aufzubauen, scheiterte schon in den allerersten Anfängen. Strasser musste das Angebot nach einem Streit mit Hitler ablehnen und legte alle Paritätäer politische Ordnung war damit zum zweiten Mal gescheitert.

4. Übrig blieben Notstandsplanungen, wie sie schon im Sommer 1932 nach dem Scheitern der Einbindung Hitlers in ein Kabinett Papen diskutiert worden waren. Kern dieser Staatsnotstandsplanungen war die dauerhafte Ausschaltung des Parlaments und seiner nationalsozialistischen und kommunistischen Verhinderungsmehrheit. Dazu sollte der Reichstag aufgelöst und – entgegen der Bestimmung in der Verfassung – sollte keine Neuwahlen innerhalb von 60 Tagen abgehalten werden. Der offene Verfassungsbruch hätte die Nationalsozialisten ihres wichtigsten Forums beraubt. Sein Manko war die schwer zu kalkulierende Gefahr eines Bürgerkrieges bei der Verweigerung von Neuwahlen. Auch der autoritärste Wirtschaftsführer und militanteste Reichswegeneralmusste 1932 den hohen Politisierungsgrad der Bevölkerung in Rechnung stellen. Nicht nur die Gegenreaktionen der Parteien, sondern auch der politische Handlungsspielraum eines solchen Staatsnotstandskabinetts blieben aber unkalkulierbar. Reichskanzler Schleicher, der Propagandist dieser Staatsnotstandslösung Ende Januar 1933, hatte sich Mitte Dezember 1932 zum Anwalt einer politischen Einbindung der NSDAP im Querfrontprogramm gemacht, verfocht sechs Wochen später aber eine Staatsnotstandslösung gegen die NSDAP, was seine Glaubwürdigkeit und diejenige der Notstandsplanungen beim Reichspräsidenten nicht gerade verstärkte. Schleichers Plänen widersprachen hitlernahe Kreise aus der Industrie, der Landwirtschaft und den Banken, die seit November 1932 forderten, eine möglichst große „Volkskraft“ hinter ein neues Kabinett zu bringen. Das konnte aus ihrer Sicht nur durch ein Kabinett Hitler geschehen.

Der Ausgang der Reichstagswahl vom 6. November d. J. (1932) hat gezeigt, dass das derzeitige Kabinett (Papen), dessen aufrechten Willen niemand im deutschen Volke bezweifelt, für den von ihm eingeschlagenen Weg keine ausreichende Stütze im deutschen Volke gefunden hat, dass aber das von Eurer Exzellenz gezeigte Ziel eine volle Mehrheit im deutschen Volke besitzt, wenn man – wie es geschehen muss – von der staatsverneinenden kommunistischen Partei absteht. Gegen das bisherige parlamentarische Parteiregime sind nicht nur die Deutschnationale Volkspartei und die ihr nahe stehenden kleineren Gruppen, sondern auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei grundsätzlich eingestellt und haben damit das Ziel Eurer Exzellenz bejaht. Wir halten dieses Ergebnis für außerordentlich erfreulich und können uns nicht vorstellen, dass die Verwirklichung des Zieles nunmehr an der Beibehaltung einer unwirksamen Methode scheitern sollte.!!

Hitler kam ironischerweise als das geringere Übel an die Macht. Ende Januar 1933 schien es Schlimmeres als ein Kabinett Hitler zu geben: den Bürgerkrieg. Für Hindenburg und seine Umgebung war die Verweigerung von Neuwahlen mit noch größeren Risiken behaftet als eine Regierung Hitler, in der die bekannten Figuren der politischen Rechten die meisten Ministerämter innehatten. Schleichers Krisenlösung des Staatsnotstandes durch Verfassungsbruch fand dagegen weder in der Landwirtschaft noch in der Industrie oder bei der Reichswehrführung Unterstützung. Genauso wenig wie der Mord an den europäischen Juden auf anonyme Kräfte einer sich selbst radikalierenden Antimoderne zurückgeführt werden kann, sondern ein Gesicht hat und Täter kennt, ist die Weimarer Republik nicht an der inneren Widersprüchlichkeit irgendwelcher Ismen gescheitert, sondern an benennbaren Interessen und Strategien.

Weimar: Perikleisches Zeitalter und archimedische Punkte

Die Kultur in der Weimarer Republik ist zum Schlagwort geworden, zu den „roaring twenties“, den „Goldenen Zwanzigern“, zum überschätzten Synonym für die Einheitlichkeit einer Epoche und ihrer Modernität. Der Mythos der „goldenen twenties“ gibt wie alle Mythen mehr Auskunft über den Erfinder als über den Gegenstand. Die Weimarer Republik wurde erst für unser spätm modernes Selbst- und Zeitverständnis zur „klassischen Moderne“. Sie selbst besaß weder einen einheitlichen kulturellen Stil noch eine lagerübergreifende Gemeinsamkeit in den ästhetischen Grundrichtungen. Es gab nach 1918 nicht eine Kultur, sondern mehrere Kulturen, die zudem alle ihre Wurzeln in der Vorkriegszeit hatten. Kulturell gesehen glich die Weimarer Republik einem Laboratorium aus zahllosen Stilrichtungen. Angesagt war die Avantgarde, und die kleidete sich in „Ismen“ und setzte sich damit vorteilhaft von den Neo-Stilen des Kaiserreiches ab. Die Zahl der „Ismen“ war Legion: der Kubismus, der Futurismus, der Dadaismus, der Purismus, der Verismus, der Konstruktivismus, der metaphysische Realismus, der Primitivismus, der Suprematismus, der Progressivismus, der Funktionalismus und der Novembrius in der Tradition der Novemberrevolution. Einzig der Expressionismus besaß bis 1923 eine längere Strahlkraft. Ein „Ismus“, der für Frankreich so wichtig war, fehlte diesseits des Rheins: der Surrealismus.

Trotz dieser Kaskade an Stilrichtungen blieb ihre soziale Reichweite insgesamt beschränkt. Eine dünne städtische Schicht huldigte dem Jazz, dem Bubikopf und dem Kino, weitaus mehr aber hielten am Herz-Jesu-Kult, am Arbeitersportbund und dem Vereinsleben aus dem 19. Jahrhundert fest. Die Kultur in der Weimarer Republik stellte eine widersprüchliche Mischung aus Modernität und Traditionalität dar, die sich kaum auf einen einzigen, zudem mythologisierenden Begriff bringen lässt. Auffällig war der Zusammenhang von Krisenerfahrungen und kultureller Produktivität. Auf dem Höhepunkt der politischen und wirtschaftlichen Republikkrise, zwischen Herbst 1922 und Ende 1923, als das Brot eine Million Mark kostete, erschienen die Duineser Elegien von Rainer Maria Rilke, der Roman „Siddharta“ von Hermann Hesse und das philosophische Hauptwerk von Martin Buber „Ich und Du“. Im Unterschied zum Kaiserreich redete man jetzt offen über Krisen und Krisenerfahrungen, ohne sich den Vorwurf des Defätismus zuzuziehen. Krise und Krisenerfahrung wurden zur Signatur der Kultur in der Weimarer Republik. Deren vibrierende Energie speiste sich stark aus Ablehnung und Kritik. Die Krisenerfahrung verstärkte die Politisierung der Kultur. Die politisch-symbolische Durchdringung der Gesellschaft reichte bis in den Alltag hinein. Anhand alltäglicher Gegenstände – vorzugsweise der Kleidung – rechnete man sich bestimmten politischen Lagern zu. Dafür standen das offene Hemd, den Kragen über das Jackett gelegt, die Lederjacke, der „Vatermörder“-Kragen genauso wie die Schirmmütze. Poli-

sche Überzeugungen waren in aller Regel nur im Paket mit kulturellen Anschauungen zu haben. Die Kultur des Alltags ging nahtlos in die politische Kultur über.

Auch wenn die Weimarer Stilrichtungen wie der Expressionismus und der Kubismus in der Vorkriegszeit entstanden waren, so fanden Kunst und Kultur nach dem Weltkrieg doch eine völlig neue Umgebung vor. Der Krieg, die neue politische Ordnung und die Veränderungen im wirtschaftlichen Leben verlangten nach Deutung und künstlerischer Gestaltung. Mindestens vier neue Herausforderungen der Nachkriegszeit an die Kultur fallen auf.

Die Republik definierte erstens das Verhältnis von Künstler und Politik neu. Vor 1918 hatte die Stellung zum wilhelminischen Obrigkeitsstaat die Selbstdefinition der Kunst beeinflusst. Das Kunstdiktat Wilhelms II. und die ästhetischen Loyalitätsbedürfnisse der Monarchie bewirkten einige Anpassung und viel Widerstand. Dieser Homogenitätsdruck und die Verlockung zum Widerstand fielen 1918 weg. Die politische Herrschaft übten jetzt mehrere Parteien aus. Die neuen Machthaber besaßen kein sozial integriertes oder auch nur konsistentes Verständnis von Kultur. Die alten Eliten verteidigten zwar ihre kulturelle Tradition auf ihrem Terrain. Die ehemals fragliche Definitions-macht über die stark ausgeweitete Kultur entglitt nach 1918 aber endgültig ihren Händen. Es wurden nur wenige Institutionen geschaffen, die es sich zum Ziel gesetzt hatten, für die politische Loyalität zur Republik zu werben. In ihnen sammelten sich vor allem diejenigen Vertreter der Hochkultur, die im Kaiserreich zu den Kritikern des Kunstgeschmacks Seiner Majestät gezählt hatten. Das Mitgliederverzeichnis der 1926 gegründeten Sektion Dichtkunst der Preussischen Akademie der Künste las sich wie ein Gotha der klassischen Moderne. Ihm gehörten u. a. der »Arbeitergoethe« Gerhart Hauptmann, die Brüder Thomas und Heinrich Mann, Georg Kaiser, Ricarda Huch, Arthur Schnitzler, Jakob Wassermann, Franz Werfel, Gottfried Benn und Alfred Döblin an. Die neue und spezifisch kulturelle republikanische Elite blieb dünn: Sie war am ehesten in den politisierten Kunstrichtungen Literatur und Drama, Theater und Film zu finden: dort, wo das Wort im Mittelpunkt stand.

Zweitens bestand die größte Herausforderung für Kunst und Kultur nach 1918 darin, den millionenfachen Tod im Weltkrieg und die Niederlage mit künstlerischen und intellektuellen Mitteln zu deuten und ästhetisch zu verarbeiten. Dieses zentrale Bedürfnis war überall zu spüren. Unmittelbar nach der Demobilisierung verschaffte sich die vierjährige Todesnähe in einer wahren Explosion des Unterhaltungsbedürfnisses Luft. Die Tanzwut des Frühjahrs und Sommers 1919 kontrastierte spürbar mit dem vorangegangenen Totentanz. Zwischen Januar und Mai 1919 warb z. B. das sozialdemokratische »Kasseler Volksblatt« mit 615 Tanzveranstaltungen, durchschnittlich vier pro Abend.¹ Die Kultur reagierte in allen ihren Facetten auf den Hunger nach Deutung und Sinngebung. Explizit oder implizit schwang diese Aufgabe immer mit. Schriftsteller wie Bertolt Brecht, Maler wie Otto Dix und George Grosz und politische Regisseure wie Erwin Piscator fanden ihre Antworten in politischen Konzepten und im »epischen Theater«, John Heartfield in der neuen Form des Plakats. Die ästhetische Überzeugungskraft dieser Experimente hing davon ab, ob sie die Zerstörung aller Formen durch die Welt-

kriegserfahrung aufnehmen oder übergangen. Nach dem Weltkrieg schritt die künstlerische Abstraktion weiter voran. Sie symbolisierte die Suche nach dem Wesentlichen.

Die überkommenen Mittel reichten bei weitem nicht aus, die millionenfache Erfahrung des Todes ästhetisch zu deuten. Die durch alle Schichten gehende Kriegserfahrung drängte, drittens, auf die Erweiterung des Kulturbegriffes und den Abschied von der Dominanz der Hochkultur. Mehr noch: Die Hochkultur der Vorkriegszeit stand unter dem Verdacht der sozialen Abschließung und gehörte damit in das Ursachenbündel für den Weltkrieg. Dieser sozial exklusive Sinn von Kultur wurde nach 1918 endgültig aufgebrochen. Der Alltag, die Freizeit, das Individuum, die Peripherie und alles Unpräzise wurden konservativen Einreden zum Trotz kulturell aufgewertet. Selbst die Nationalsozialisten traten entschieden für die Ausweitung des Kulturellen ein und wandten sich gegen das Muckertum. Das trennte sie von den politisch wie auch kulturell konservativen. Die NS-Volksgemeinschaft wollte sich nicht mit einer konservativen Elitenkultur abspeisen lassen, sondern verlangte nach mehr. Der nationalsozialistische Schriftsteller Hanns Johst schrieb 1932 in seinem Stück »Schlageter«: »Wenn ich Kultur höre, entsichere ich meine Browning.« Das Stück wurde im Jahr darauf in Anwesenheit Hitlers uraufgeführt.

Nach kultureller Darstellung drängten schließlich, viertens, auch die Veränderungen der Arbeitswelt, die massenhafte soziale Deklassierung und die Rationalisierung der Arbeitsvorgänge. Mehr noch als vor dem Weltkrieg wurden die industrielle Arbeitswelt und der Arbeitstag zu Sujets der künstlerischen Gestaltung. Das Wohnen in der Industrie-gesellschaft avancierte zum neuen Thema der Architektur. Deutsche Architekten wie Bruno Taut und Walter Gropius erlangten mit ihren architektonischen Lösungen hierfür in den 20er-Jahren Weltruhm.

Kunst und Kultur entwickelten in dieser Zeit keine einheitliche stilistische Antwort auf diese Herausforderungen. Die kulturelle Gestaltung folgte in groben Zügen der politisch-sozialen Erfahrung. Die expressionistische Emphase hielt in der Literatur, im Theater und im Film bis zum politischen Krisenjahr 1923 vor. In der Phase der relativen Stabilisierung versagte sie ihren Dienst und Ernüchterung setzte ein. Ihre Nachfolge trat die Neue Sachlichkeit an, die in mehrere Kunstgattungen hineinwirkte und zwischen 1924 und 1930 ihre Hoch-Zeit hatte. Spätestens die Weltwirtschaftskrise entzog der optimistischen Grundstimmung der Neuen Sachlichkeit den Boden.² Die politische Krise von Demokratie und Republik nach 1930 führte schließlich auch zu einer Krise in Kunst und Kultur, die von massiven Einsparungen betroffen waren.

Die Neue Sachlichkeit wurde im Nachhinein zum Synonym für die Kultur der 20er-Jahre stilisiert. Sie vereinte in sich zwei an sich widersprüchliche Intentionen. Einerseits gab es das fortgeltende Bedürfnis nach Neuem und nach Abschied vom Alten, was sich in einer Inflation des Begriffs »neu« niederschlug: der »neue Mensch«, die »neue Stadt«, das »neue Wohnen«, die »neuen Medien«, die »neue Frau«. Andererseits sperrte sich die seit 1923 spürbar einsetzende Ernüchterung gegen jeden Idealismus. Das Neue sollte resistent gegen Enttäuschungen sein. Dem entsprach ein nüchterner, sachlicher Stil. Die Neue Sachlichkeit führte beide Intentionen zusammen. Ihre Pointe war, dass der Blick

auf die Sachen selbst Neues und nie Gesehenes zutage fördern sollte. Egon Erwin Kisch drückte im Vorwort zu seinem ›Rasenden Reporter‹ (1924) die Verbindung von Neuem und Sachlichem prägnant aus:

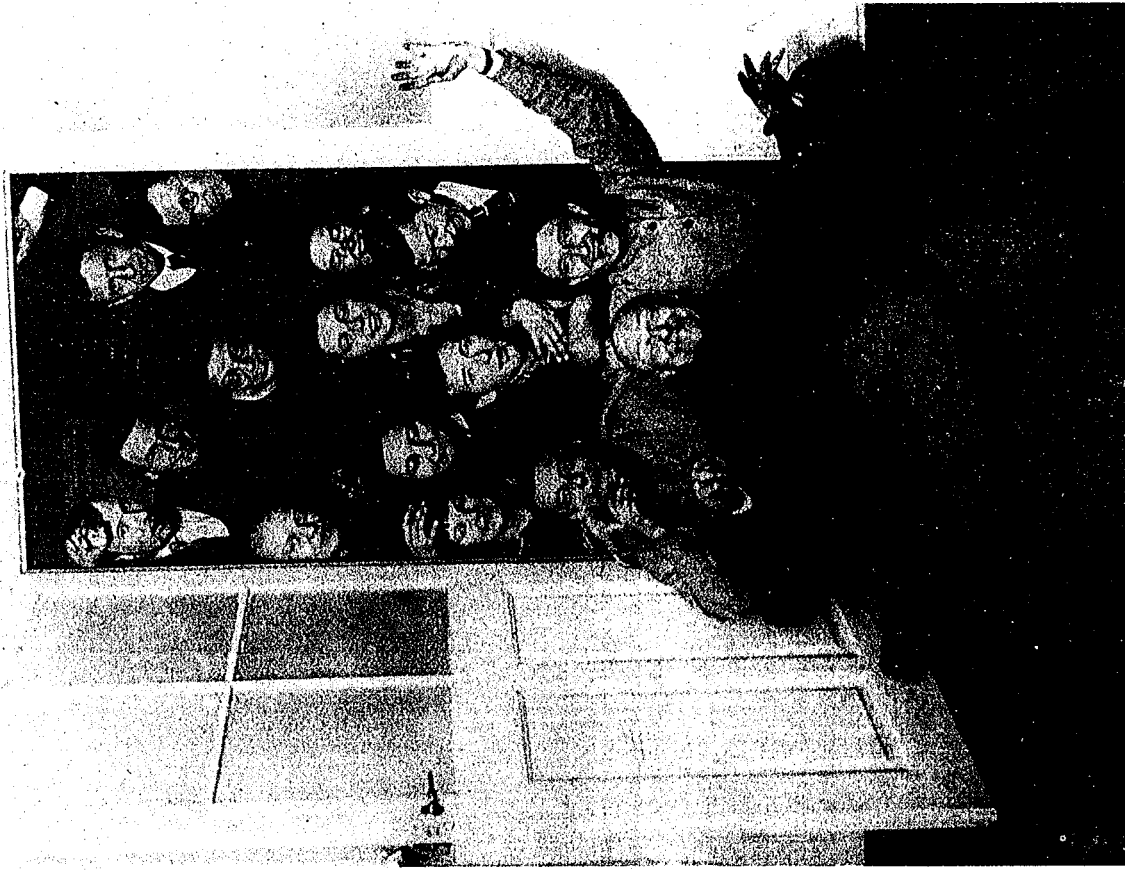
Nichts ist verblüffender als die einfache Wahrheit, nichts ist exotischer als unsere Umwelt, nichts ist phantasievoller als die Sachlichkeit. Und nichts Sensationelleres gibt es in der Welt als die Zeit, in der man lebt!³

Geprägt wurde der Begriff der ›Neuen Sachlichkeit‹ 1923 vom Kunsthistoriker Georg Friedrich Hartlaub mit Blick auf die neueste Malerei. Tatsächlich wurde die Neue Sachlichkeit aber auch im Theater, in der Literatur und der Architektur rezipiert. Sogar kommerzielle Schlager spielten mit dem Begriff. 1928 texteten die Schlagerkomponisten Marcellus Schiffer und Mischa Spoliansky in einer bekannten Revue: ›Es liegt in der Luft eine Sachlichkeit‹:

›Früher, das warm Zeiten [...]
 Starb das Vögelchen im Bauer,
 Trug gleich die Familie Trauer!
 Heut ist eine andre Zeit.
 Triffst zum Beispiel Du Herrn Koch,
 fragst Du ihn voll Sachlichkeit:
 Was, Herr Koch, Sie leben noch?
 Weg mit Schnörkel, Stuck und Schaden!
 Glatt baut man die Hausfassaden!
 Morgen baut man Häuser bloß,
 Ganz und gar fassadenlos.
 Krempel sind wir überflüssig.
 Viel zu viel ist überflüssig.
 Fort, die Möbel aus der Wohnung,
 Fort mit was nicht hingehört.
 Wir behaupten ohne Schonung,
 jeder Mensch, der da ist, stört.‹

Zwischen der Hyperinflation des Jahres 1923 und der Weltwirtschaftskrise gab es in den verschiedenen Kunstgattungen zahlreiche Ansätze, der Neuen Sachlichkeit Gestalt zu geben.

Die bekannteste Einrichtung künstlerischer Produktivität, vor allem im Bereich der Architektur und Innenarchitektur, war das Bauhaus, 1919 in Weimar gegründet und 1925 nach Dessau verlegt. Die Architektur übte unter allen Kunstrichtungen der Republik international den größten Einfluss aus, was durch die Emigration nach 1933 noch weiter verstärkt wurde. Der Ausweitung und der Demokratisierung von Kunst und Kultur diente die Aufwertung der Gebrauchsgraphik, des Industriedesigns und der Fotografie. Das Motto ›Form folgt Funktion‹ richtete sich gegen jede statuserhöhende Dekoration. Mit seiner strikten Orientierung an den Erfordernissen des Alltags wandte sich das Bauhaus gegen Prätention und repräsentatives außeralltägliches Bauen. Sein Ziel war es, den Alltag durch künstlerische Gestaltung und Handwerk aufzuwerten. Für



Weimar, Bauhaus, zwischen 1921 und 1923.
 Eine Gruppe von Studenten und Lehrern, unter ihnen Oskar Schlemmer (links, 2. von oben) und Josef Albers (rechts am Boden).

Walter Gropius, den Vordenker des Bauhaus-Stils, bedeutete dies eine konsequente Abkehr von einer emphatisch verstandenen „Kunst als Berufung“ und eine konsequente Hinwendung zur „Kunst als Handwerk“. Dem entsprangen Arbeitersiedlungen wie die Siedlung „Onkel Toms Hütte“ in Berlin oder die Weißenhof-Siedlung in Stuttgart. Der weiter gefasste Kulturbegriff bewirkte somit eine Demokratisierung des Bauens und des Wohnens.

Den gleichen integrativen Anspruch vertrat auch die Malerei, nachdem der Expressionismus einmal in den Hintergrund getreten war. Auf sie waren die Begriffe Expressionismus und Neue Sachlichkeit ursprünglich gemünzt gewesen. Die avantgardistischen Richtungen traten um 1923/24 hinter der „neuen Gegenständlichkeit“ zurück. Gefragt war jetzt die ästhetische Bewältigung des Gegebenen und des Objektiven, nicht mehr der Vorschein des Zukünftigen und des Eigenlichen. Dies bedeutete aber keine Rückkehr zur abbildhaften Kunst, die Kunst blieb abstrakt. Die kopernikanische Wende des Übergangs zur abstrakten Kunst war nur um den Preis des Verlusts an Aussagekraft zurückzunehmen. Die Malerei der 20er-Jahre kehrte damit zu Stilleben und Porträts zurück, diesmal mit noch mehr Kühle und Distanz. Diese neusachliche Wendung war kein spezifisch deutsches Phänomen, sondern international verbreitet und ein Kennzeichen der Zwischenkriegskultur.

In der Literatur und dem Theater kritisierte Bertolt Brecht schon 1919 den expressionistischen Habitus als Anmaßung. Zu Ernst Tollers Stück »Wandlung« meinte er:

Flache Visionen, sofort zu vergessen. Kosmos dünn. Der Mensch als Objekt. Proklamation statt: als Mensch. Der abstrahierte Mensch, der Singulat von Menschheit. Seine Sache liegt in schwachen Händen.⁵

Nach 1923 ebte die idealistische Welle endgültig ab. Georg Kaiser und Walter Hasenclever, zuvor viel gescholten für ihre verstiegenen Visionen, schrieben Komödien, Carl Zuckmayers »Der fröhliche Weinberg« wandte sich von der Abstraktion ab und hin zum Volksstück. Alfred Kerr kommentierte die Premiere des Stückes im Dezember 1925: „Sic transit gloria expressionismi“ (So vergeht der Ruhm des Expressionismus). Künstler mieden seitdem die strahlenden Akkorde.⁶

Stattdessen begann die Karriere des Zeitstücks, das den hochgestimmten Ton gegen die gesellschaftliche Prosa vertauschte. Autoren wie Peter Martin Lampel, Friedrich Wolf oder Ferdinand Bruckner trieben Gesellschaftskritik. Lampels »Revolte im Erziehungshaus« von 1928 löste eine Debatte über die Missstände in der Fürsorgeerziehung aus. In die gleiche Richtung zielten Reportagen zu Themen aus Gesellschaft und Politik. Den Ort der Kunst in der Gesellschaft hob der Zeitroman hervor. Für ihn standen Autoren wie Lion Feuchtwanger (»Erfolg«, 1930), Arnold Zweig (»Der Streit um den Sergeanten Grischa«, 1927), Hans Fallada (»Bauern, Bonzen und Bomben«, 1931), Ernst Glaeser (»Jahrgang 1902«, 1928) und Erik Regger (»Union der festen Hand«, 1931). Geradezu zum Synonym für die Demokratisierung der Kunstgattung Literatur wurde Alfred Döblins »Berlin Alexanderplatz«, der Lokaldialekt, Reklamesprache, Politjargon und Belhethorik in die Romanform einband. Schriftsteller distanzierten sich in ihren Roma-



Berlin, Hotel Adlon, Dezember 1929.

Thomas Mann auf der Durchreise zur Verleihung des Literatur-Nobelpreises in Stockholm.

nen von der Fiktion und traten im Gestus des authentischen Erlebens und des genauen Beobachtens auf. Joseph Roth stellte seinem Roman »Die Flucht ohne Ende« von 1927 die Bemerkung voran:

Im Folgenden erzähle ich die Geschichte meines Freundes, Kameraden und Gesinnungsgenossen Franz Tunda. Ich folge zum Teil seinen Aufzeichnungen, zum Teil seinen Erzählungen. Ich habe nichts erfunden, nichts komponiert. Er handelt sich nicht mehr darum zu »dichten«. Das Wichtigste ist das Beobachtete.

Insgesamt herrschte der Primat des Authentischen und Unmittelbaren vor, ein Bemühen, das in seiner nüchternen Sprache noch die politischen Dramen Brechts und auch seine Lyrik durchzog. Das qualifizierende Adjektiv stand unter Vernebelungswacht, der Konjunktiv erst recht. Das alles war ziemlich neu in der deutschen Kunst. Die Notwendigkeit, das Verhältnis zwischen Kunst und Leben neu zu bestimmen, unterschied die deutsche Literatur von der Entwicklung in Frankreich, die diese Aufgabe längst hinter sich hatte. Im Vergleich zu Frankreich gab es in Deutschland keinen lang erprobten Tatsachensinn und keine feste künstlerische Realismustradition in der Literatur. Während deutsche Schriftsteller die Authentizität geradezu zum Fetisch erhoben, entstand in Frankreich der Surrealismus, der in Deutschland fehlte.⁷

Andere Schriftsteller suchten sensibel nach den untergründigen Ursachen der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“. Was die große Parallellaktion Robert Musils im ›Mann ohne Eigenschaften‹ für die k. u. k.-Monarchie war, unternahm Thomas Mann in einer Art mentaler Archäologie des alteuropäischen Bürgertums im ›Zauberberg‹ (1924). In den Streitgesprächen des Freimaurers Settembrini und des Jesuiten Naphta stießen noch einmal die ideellen Gegensätze der Vorkriegszeit unvermittelt aufeinander. Der Protagonist Hans Castorp zieht zuletzt in den Weltkrieg, das „Weltfest des Todes“. Thomas Manns Bruder Heinrich hatte in seiner Archäologie der Katastrophe, dem ›Untertan‹ (1914), mit schneidender Schärfe den Nationalismus und die Obrigkeitgläubigkeit im deutschen Bürgertum karikiert. 1929 wurde mit Thomas Mann ein deutscher Schriftsteller mit dem Literaturnobelpreis international geehrt.⁸

Der Film stand neben dem Theater in der Nachkriegszeit im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Der Film hatte im Ersten Weltkrieg als Propagandawaffe eine große Bedeutung erlangt. 1917 wurde die Universum-Film-Aktiengesellschaft (Ufa) von der Obersten Heeresleitung gegründet. Nach dem Krieg entwickelte sie sich zum wichtigsten Filmunternehmen Deutschlands. Durch ein Konsortium aus Banken und Industrie finanziert beschäftigte die Filmindustrie nach dem Weltkrieg Tausende, besonders in den Studios in Berlin-Babelsberg. Finanzwirtschaftlich sorgte dieser neue Industriezweig mit seinen erfolgreichen expressionistischen Produktionen, die auch ins Ausland verkauft wurden, für dringend benötigte Devisen. Dennoch unterstützte die lukrative Filmindustrie nur vereinzelt Demokratie und Republik. Stattdessen wurde die Ufa ein Teil des Medienverbundes in der Hand des deutschnationalen Parteiführers Alfred Hugenberg. Nach 1923 blieb die Finanzierung der Filmindustrie ständig prekär, 1925 geriet die Ufa in eine schwere Krise, aus der sie nur mit nordamerikanischer Unterstützung herauskam. Aber auch ihre künstlerischen Leistungen hielten mit den neuen technischen Möglichkeiten des Films nicht mehr Schritt. Produzenten aus den USA wie Metro-Goldwyn-Mayer oder die Warner Brothers drangen auf den deutschen Markt vor, ohne auf allzu viel Widerstand zu stoßen. Umgekehrt gingen deutsche Regisseure wie Ernst Lubitsch schon 1922 in die Vereinigten Staaten.

Die große Zeit des deutschen Films war seine Frühzeit. Expressionistische Künstler wie Friedrich Wilhelm Murnau setzten auf das Medium Film. Bis 1923 entstanden international beachtete Filme wie Fritz Langs ›Dr. Mabuse, der Spieler‹ (1922) oder Murnaus ›Nosferatu‹ (1922). Nach 1923/24 überwogen künstlerisch anspruchslose und in der Tendenz apolitische Filme à la ›Walzertraum‹ (Ludwig Berger), Operettenfilme und historische Ausstattungsfilme. Am Ende der Weimarer Republik waren Georg Wilhelm Pabst (›Das Tagebuch einer Verlorenen‹, 1929) und Fritz Lang (›M., 1931) die einzigen international angesehenen deutschen Filmregisseure, die in Deutschland geblieben waren. Axel Eggebrecht erklärte die Dominanz des nordamerikanischen Films bereits 1926 mit einer anderen Beziehung des Films zum „Maschinenzeitalter“ in den USA, wo man ideologisch und materiell sehr viel offener gegenüber den Möglichkeiten des Films war:

Chaplin war nur möglich, weil man hier (in den USA) traditionslos war, und weil man aus dem Vollen heraus, materiell wie ideologisch, die Darstellungsart des industriellen Maschinenzeitalters projizieren konnte. Hier allein fand der Film jene innige Verbindung seiner Gestaltungskraft mit den industriellen Grundlagen der zu gestaltenden Lebensform, die ihn selbst zur geschlossenen, expansiven Kulturindustrie, Darstellungsindustrie machten.⁹

Auch die Intellektuellenkultur rechnete mit dem bürgerlichen Zeitalter ab. Die Philosophie Martin Heideggers lockte die Studenten in Scharen nach Marburg und Freiburg im Breisgau. Sein Hauptwerk ›Sein und Zeit‹ beeinflusste die intellektuelle Entwicklung im 20. Jahrhundert nachhaltig. Die wichtigen Debatten der Weimarer Zeit belegen die verbreitete Abkehr vom Neukantianismus und seiner erkenntnistheoretischen Behutsamkeit, seinem Liberalismus und seinem Kulturprotestantismus. Zum Fanal für die Heidegger-Begeisterung der Weimarer Studentenschaft wurde das Davoser Gespräch im Frühjahr 1929 zwischen Martin Heidegger und Ernst Cassirer, dem Autor einer monumentalen ›Philosophie der symbolischen Formen‹. Heidegger bestand darauf, dass eine Philosophie des Kulturbehagens dem Streben nach Freiheit entgegenstehe. In ›Sein und Zeit‹ hatte er 1927 im hohen und selbstgewissen Ton gegen das „Man“ der modernen Öffentlichkeit, der Industriegesellschaft und der politischen Demokratie angeschrieben:

Das Man ist überall dabei, doch so, dass es sich auch schon immer davongeschlichen hat, wo das Dasein auf Entscheidung drängt. Weil das Man jedoch alles Urteilen und Entscheiden vorgibt, nimmt es dem jeweiligen Dasein die Verantwortlichkeit ab. Das Man kann es sich gleichsam leisten, dass „man“ sich ständig auf es beruft. Es kann am leichtesten alles verantworten, weil keiner es ist, der für etwas einzustehen braucht. Das „Man“ war es immer und doch kann gesagt werden, „keiner“ ist es gewesen. In der Alltäglichkeit des Daseins wird das meiste durch das, von dem wir sagen müssen, keiner war es. [...]

Jeder ist der Andere und keiner ist er selbst. Das Man, mit dem sich die Frage nach dem Wer des alltäglichen Daseins beantwortet, ist das *Niemand*, dem alles Dasein im Untereinandersein sich je schon ausgeliefert hat.¹⁰

Gegen diese Provokation wirkte Cassirers gelehrte Kulturphilosophie blass und abgestanden.

In der evangelischen Theologie wagte der Baseler Theologe Karl Barth mit seiner „dialektischen Theologie“ eine ebenso attraktive wie schroffe Zeit- und Feindansage. Mit der ersten Auflage seines Römerbriefkommentars 1919 warf er dem liberalen Kulturprotestantismus den Fehdehandschuh hin. Für Barth, Eduard Thurneysen, Emil Brunner und Friedrich Gogarten vernebelte das kulturelle Interieur des Christentums seine eigentliche Aussage. Das Christentum war unter den Händen der liberalen Kulturtheologen zu einer „Provinz im Gemüte“ verkommen. Friedrich Gogarten spitzte die Kontroverse 1920 unter dem programmatischen Titel ›Zwischen den Zeiten‹ zu:

Wir gehörten nie zu eurer Zeit, die heute zu Ende geht, wir sind des Untergangs froh. Der Raum wurde nun frei für die Frage nach Gott. Die Zeiten fielen auseinander und nun steht die Zeit still. Wir stehen zwischen den Zeiten.

Dieser Affront schlug wie eine Bombe ein und setzte die Hoffnungsträger des liberalen Protestantismus wie den Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft Adolf von Harnack mächtig unter Druck.¹¹

Im Rückblick wurde die Neue Sachlichkeit oft als der eigentliche Weimarer Stil dargestellt. Ihre Reichweite blieb jedoch von Anfang an begrenzt. Sie wurde nie zum dominierenden Kunststil dieser Epoche, sondern blieb das Anliegen von Künstlern, die der Republik positiv gegenüberstanden und nach einer Synthese von republikanischem Geist und industrieller Rationalität suchten. Der demokratische Gehalt dieser Vision blieb unbestimmt und schillernd. Die große Leistung dieser Stilrichtung war es, neue literarische und publizistische Dokumentations- und Diskussionsformen geschaffen und damit eine Tradition gestärkt zu haben, die in Deutschland nur schwach vertreten war.¹²

Es gab aber auch gegenläufige, ganz unsachliche Richtungen und solche, die ihre Rationalitätskritik in die Sprache des Mythos kleideten. So wurde die Heimatkunst (Hermann Löns) kultiviert und der radikale Aufbruch der Jugend (Walter Flex) gepredigt. Kriegsbejahende und antidemokratische Frontromane (Franz Schauwecker, Hans Zoberlein) fanden während der gesamten Zeit der Republik reißenden Absatz. Es gab aber auch den eher unpolitischen Stil, der sich mythischer Elemente bediente. Hierfür stand Rainer Maria Rilke. In der neunten Duineser Elegie deutete er seinen poetischen Gegenentwurf zur technisch-wissenschaftlichen Welt an.

Hier ist des Säglichen Zeit, hier seine Heimat.

Sprich und bekenn. Mehr als je

fallen die Dinge dahin, die erlebbaren, denn,

was sie verdrängend ersetzt, ist ein Tun ohne Bild.

Tun unter Krusten, die willig zerspringen, sobald

innen das Handeln erwächst und sich anders begrenzt:

Zwischen den Hämmern besteht

unser Herz, wie die Zunge

zwischen den Zähnen, die doch,

dennoch, die preisende bleibt.¹³

Vor diesem Hintergrund war der Begriff der „Neuen Sachlichkeit“ eher ein Suchbegriff und eine Problemanzeige. Ganz unterschiedliche Inhalte und Intentionen konnten sich mit diesem Schlagwort verbinden.

Kennzeichnend für die 20er-Jahre war der Durchbruch zur Massenkultur. Kultur reichte jetzt weit über die intellektuellen Kultur, ihre Fachsprachen und ihre Abstraktionen hinaus. Die Kultur war nicht mehr ein Elitenphänomen, sondern bildete einen festen Bestandteil im Alltag breiter Schichten; die soziale Kodierung von Kultur trat allmählich in den Hintergrund. Der Begriff und der Inhalt der Kultur weiteten sich enorm aus. Neu und anders war, dass jetzt das Theatralische, das Öffentliche und Visuelle im Zentrum des künstlerischen Interesses stand. Die Demokratisierung der Kultur, die schon vor dem Krieg eingesetzt hatte, beschleunigte sich.¹⁴ Motor, aber auch Ergebnis dieser Entwicklung war das Wachstum der Massenmedien, allen voran des neuen Radiogerätes, das in immer mehr Haushalte vordrang. Das Radio war die Sensation des

Jahrzehnts und brachte ein klassisches, mitunter auch experimentelles Kulturprogramm. 1926 gab es eine Million Rundfunkteilnehmer, 1928 waren es zwei, Ende 1929 drei und 1932 schon vier Millionen. Am Ende der Weimarer Republik besaß fast jeder vierte Haushalt ein Radiogerät.¹⁵

Die Weimarer Republik brachte eine eigene Freizeit- und Unterhaltungskultur hervor. Für große Teile der Bevölkerung bedeuteten die Tarifabschlüsse der Weimarer Jahre, dass sie erstmals Freizeit in nennenswertem Umfang hatten – vor allem aber, dass sie Freizeit gemeinsam hatten. Nicht nur der Achtstundentag – wiewohl kurzlebig –, sondern auch das freie Wochenende und der Jahresurlaub ließen eine eigene Freizeitkultur entstehen. Film und Rundfunk drangen in die Freizeit vor. Aber auch die Politik beanspruchte die Freizeit. Der typische Arbeiter war nicht mehr der „Dauergast im Wirtshaus“, sondern besuchte jetzt das gewerkschafts- oder parteieigene „Volkshaus“, das den sozialen und politischen Knotenpunkt der sozialdemokratischen Teilkultur bildete. Gleichzeitig besserten sich seine Wohnverhältnisse allmählich. Die Entzerrung der Bevölkerungsdichte ermöglichte es, mit Nahverkehrsmitteln oder dem Fahrrad „ins Grüne“ zu fahren. Die Ausweitung der Kultur und die Steigerung der individuellen Mobilität gingen Hand in Hand.¹⁶

Überhaupt nahm der Stellenwert der Unterhaltung in der Kultur enorm zu. Die Weimarer Republik war die große Zeit des Kabarets, das jetzt seine Triumphe feierte und einen großen Aufschwung erlebte. Revuen fanden in den Ballungszentren einen lebhaften Anklang. Die politischen Teilkulturen setzten auf die unterhaltende Presse, um ihre politischen Botschaften an den Mann und jetzt auch an die Frau zu bringen. Politische Bildung und Massenpresse mussten sich nicht widersprechen, wie das Wachstum der Arbeiterpresse, die das Bedürfnis nach Bildung bediente, und die Arbeiter-illustrierten belegten. Im Wahlkampf spielten Filme eine immer größere Rolle. Die Republik nutzte das neue Medium ebenfalls für die eigene Selbstdarstellung. 1928 wurde die Gründung der Weimarer Republik am 9. November 1918 filmisch nachgestellt. Nur sprach diesmal der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann vom Balkon des Reichstagsgebäudes herab nicht nur zu den Anwesenden, sondern zu Hunderttausenden von Kinobesuchern.

Die Politisierung der Kultur zog ihre Polarisierung und Radikalisierung nach sich. Künstler und Kunstwerke wurden politisch eingeordnet, ja sogar oft auf ihren politischen Ort reduziert, was die wechselseitige Radikalisierung nur förderte. Als Max Herrmann-Neiße in der „Neuen Bücherschau“ 1928 Gedichte von Gottfried Benn lobte und die Parteiliteratur Johannes R. Bechers kritisierte, kündigten eine ganze Reihe von KPD-nahen Intellektuellen ihre Mitarbeit an dieser Zeitschrift auf und gründeten ein eigenes Organ, die „Linkskurve“, schließlich auch einen eigenen Verband, den „Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller“.¹⁷ Noch schärfer war die Reaktion von rechts gegen den Antikriegsroman „Im Westen nichts Neues“ von Erich Maria Remarque (1929). NS-Trupps des Berliner Gauleiters Joseph Goebbels ließen bei der Uraufführung des gleichnamigen Films im Berliner Theater am Nollendorfplatz am 5. Dezember 1930 weiße Mäuse laufen, um das Publikum in Panik zu versetzen. Die Filmoberprüfstelle verbot zeitweise die Aufführung des Films wegen „Gefährdung des deutschen An-

sehens“¹⁸ Besonders das Medium Film begünstigte die Politisierung und die Polarisierung der Kultur. 1926 setzte sich die politische Linke gegen das Verbot des sowjetischen Films ›Panzerkreuzer Potemkin‹ von Sergej Eisenstein durch, der binnen kurzem zur Ikone proletarischer Filmkunst wurde. Filme spielten in der linken, zumal kommunistisch inspirierten Kunstszene eine wichtige Rolle. Ab 1928 baute Willi Münzenberg einen kommunistischen Presse- und Filmkonzern rund um die „Internationale Arbeiterhilfe“ auf. Höhepunkt dieser Filmkultur der KPD war 1932 ›Kuhle Wampe‹, auf den die Nationalsozialisten 1933 mit dem ›Hitlerjungen Quex‹ (Karl Aloys Schenzinger) prompt antworteten.

War Weimar ein „neues perikleisches Zeitalter“¹⁹, wie der Theaterkritiker Alfred Kerr meinte? Um diese Symbiose zwischen politischer Ordnung und kulturellem, künstlerischem und intellektuellem Schaffen zu erreichen, hätte es einer Kultur bedurft, die Ansätze zur Selbstverständigung im demokratischen Gemeinwesen eröffnet hätte. Genau daran aber herrschte großer Mangel. In den „Krisenjahren der klassischen Moderne“ kam es nur gelegentlich zu einem Brückenschlag zwischen Republik und Kultur. Die Kultur bildete aufs Ganze gesehen kein Reservoir, aus dem Republik und Demokratie schöpfen konnten. Die innere Selbstanerkennung der Republik durch eine Kultur, die Demokratie und Parlamentarismus trug und bejahte, scheiterte vielmehr an einer Reihe von kulturellen Polaritäten, die im Kulturbetrieb ständig wiederholt wurden und breitenwirksam anwesend waren. Das wichtigste Deutungsmuster, das für eine deutsche Republik keinen Raum ließ, war dasjenige zwischen deutscher Kultur und westlicher Zivilisation. Damit ging die Überzeugung vom deutschen politischen Sonderweg in die politische Moderne einher, der Deutschland von den westlichen Demokratien unterschied. Durch die Kriegsniederlage traten die Deutungsmuster nicht zurück, sondern sie wurden vielmehr verstärkt.²⁰ Nur wenige wie der Vernunftrepublikaner Thomas Mann hielten an ihrem Appell an die Vernunft fest und stemmten sich genauso gegen die Lust am „expressionistischen Seelenschrei“ wie gegen den Irrationalismus von angeblichen Lebenswahrheiten.

Sehr viel verbreiteter als die Republikbejahung war dagegen der Revanchismus, der die Kriegsniederlage genauso wie die Republik bekämpfte. Getragen wurde diese kulturell tief gehende Republikfeindschaft von den Schulen bis zu den Universitäten. Eine ganze Generation wuchs im Hass auf die Siegermächte und die Republik heran. 1918 hatten die Schüler der Klasse 9 des Spandauer Kant-Gymnasiums die folgenden Sätze ins Lateinische zu übersetzen, vorgeblich um den Gebrauch des Konjunktivs zu üben:

4. Aber wer möchte wohl daran zweifeln, dass die gegenwärtige Regierung ihre Pflichten gegen unser Volk ganz und gar vernachlässigt? 5. Würden sonst etwa deutsche Dörfer und Gegenden im Osten und Süden von den Sklaven zerstört? 6. Man weiß nicht, ob man über unseren Freistaat lachen oder weinen soll [...].²¹

Deutlicher in ihrer politischen Aussage wurde da schon die Berliner Universität, die 1926 auf ihr Kriegerdenkmal die Worte meißeln ließ: „Invictus – victi – victuri“ – Den Unbesiegten die Besiegten, die dereinst siegen werden.²²

Wirtschaft und Sozialstaat in Weimar: Kompromiss und Experiment

Die Weimarer Republik beruhte nicht nur auf einem politischen, sondern auch auf einem wirtschaftlich-sozialen Gründungskompromiss. Die Weltkriegsniederlage und die Revolution hatten das politisch-soziale System des Wilhelmismus gänzlich in Misskredit gebracht. Die gemäßigte politische Arbeiterbewegung, die die Republik gegen die alten Mächte auf der Rechten und den Rätegedanken auf der äußersten Linken gegründet hatte, beanspruchte nicht nur die politische Gleichberechtigung, sondern wollte von Anfang an auch das wirtschaftlich-soziale System umgestalten. Die Weimarer Republikaner, allen voran die Sozialdemokraten, koppelten die Reform der politischen Verfassung an eine Umgestaltung der wirtschaftlichen und finanziellen, vor allem aber der sozialen Verfassung des Reiches.

Bis in die katholische Zentrumsparlei und das liberale Bürgertum hinein reichte nach der Weltkriegsniederlage die Überzeugung, dass die Wirtschaftsordnung grundlegend erneuert werden müsse, freilich unter Beibehaltung der privatkapitalistischen Eigentumsordnung. Die Spitzenverbände der Arbeitgeber und die Gewerkschaften verständigten sich im November 1918 auf eine „Zentrale Arbeitsgemeinschaft“, die die Verteilungskämpfe beilegen und für Ruhe und Frieden auf dem Arbeitsmarkt sorgen sollte. Bis 1923 wurde dieser Kompromiss nicht auf die Probe gestellt, da in dieser Zeit inflationsbedingte Zuwächse verteilt werden konnten und kaum jemand etwas abgeben musste. Aus Furcht vor sozialen Konflikten, die die prekäre innen- und außenpolitische Situation aus dem Ruder hätte laufen lassen, herrschte unter den politisch Verantwortlichen ein breiter Inflationskonsens. Das „Schmiermittel der Inflation“ hielt die Lohnentwicklung der Wirtschaft in Gang, während gleichzeitig Millionen von Soldaten ins zivile Arbeitsleben zurückkehrten.¹ Die Anpassung an die reale Produktivität sollte so lange unterbleiben, bis die Republik auf sicheren Füßen stand.

Das Ergebnis war eine Friedenswirtschaft, die finanziell bis 1923 unter Kriegsbedingungen, d. h. mit den Mitteln staatlicher Geldpolitik, lief. Die geldpolitische Stabilisierung der Wirtschaft hatte 1916 begonnen, als die Krieganleihen nicht mehr die Kriegskosten deckten, und dauerte bis 1923 an. Seit Ende 1922, verstärkt dann durch die Kosten des passiven Widerstands, den das Reich während der Ruhrbesetzung durch französische Truppen ab Januar 1923 finanzierte, brach das System der Haushaltsfinanzierung durch eine Steigerung der Geldmenge völlig zusammen. Als der Laib Brot eine Million Mark kostete, konnten selbst die immer häufigeren Lohnzahlungen nicht mehr mit der Geldentwertung Schritt halten. Die Folge war eine dramatische Verschiebung von Vermögen und Eigentum. 1923 bedeutete für die meisten Deutschen eine „verkehrte Welt“.² Die Verlierer waren die Kapital-, Renten- und Anleihenbesitzer. Sie wurden durch die Hyperinflation faktisch enteignet, weil ihre Zinsen und Renditen nicht indi-

ziert waren, d. h., sie stiegen nicht mit der Inflationsrate. Dieser Mechanismus griff umgekehrt aber auch für alle, die Schulden hatten. Die Inflation entschuldete praktisch die deutsche Gesellschaft. Die Landwirtschaft konnte auf diese Weise ihre Schulden genauso billig bezahlen wie der Staat. Finanzpolitisch wurden die gigantischen Kosten des Ersten Weltkrieges erst 1923 bezahlt, als Abermillionen von Krieganleihezeichnern leer ausgingen. Weniger betroffen von der Inflation waren diejenigen Schichten, die Sachwerte besaßen, wie die Landwirtschaft oder das Handwerk. Für Millionen wurde die faktische Enteignung 1923 zum Trauma, das den Blick auf Republik und Demokratie bestimmte, denn enteignet fühlte sich 1923 so ziemlich jeder. Jahrelang beschäftigte sich die Politik danach mit der Frage, ob und wie das in der Inflation entwertete Kapital wieder aufgewertet werden sollte.

Erst mit der Stabilisierung der Währung und der Einführung der Rentenmark Ende 1923 erweiterte sich der wirtschaftspolitische Gestaltungsspielraum der Republik wieder. Die Zäsur 1923 unterschied die deutsche Wirtschaft von den westlichen Siegerökonomien. Dort fielen das Kriegsende und die millionenfache Demobilisierung und Wiedereingliederung der Soldaten in die Friedenswirtschaft mit der Weltwirtschaftskrise 1929/30 zusammen. 1921 belief sich in Großbritannien die Arbeitslosenquote auf 20%, in Deutschland herrschte dagegen Vollbeschäftigung. Im Reich verzögerte sich die krisenhafte Anpassung um mehrere Jahre. Für den politisch-psychologischen Erfahrungshaushalt der politisierten Massen hatte dies verheerende Folgen. Die öffentliche Meinung machte keinen wirklichen Unterschied zwischen der Hyperinflation seit Ende 1922, den Reparationen an das Ausland, der Ruhrbesetzung und dem politischen Chaos seit Kriegsende. Sehr wohl aber unterschied man zwischen Krieg und Republik. Nicht der Weltkrieg und die Kriegswirtschaft waren in den Augen vieler Deutscher für die Hyperinflation verantwortlich, sondern die Republik und die politischen Parteien. Obwohl 1923 die politische Dauerkrise einer Phase der relativen Stabilisierung wich, war das Vertrauen in die wirtschaftlich-soziale Leistungsfähigkeit der Republik doch nachhaltig erschüttert. Das Trauma von 1923 engte den wirtschafts- und finanzpolitischen Handlungsspielraum gerade auch in der Weltwirtschaftskrise ab 1929 enorm ein.³

Die chronische Wachstumsschwäche ihrer Wirtschaft gab der Weimarer Republik auch in der Phase der relativen Stabilisierung zwischen 1924 und 1930 keine Verteilungsmasse, die ihre Akzeptanz hätte erhöhen können, sodass die Republik in den Jahren der Weltwirtschaftskrise nach 1930 nicht radikal in Frage gestellt worden wäre. Die Wirtschaft trug insgesamt nicht wie in der Bundesrepublik zur Entschärfung und Entzerrung der Konflikte, sondern zur Dramatisierung und Radikalisierung bei.

Mehrere Belastungen und Krisen blockierten das Wirtschaftswachstum und ließen trotz in die Zukunft weisender Rationalisierungen die Vorkriegszeit als ein goldenes Zeitalter erscheinen: 1919 hatte die deutsche Industrieproduktion auf dem kleineren Territorium nur 38% des Standes von 1913 betragen, inflationsbegünstigt waren es 1922 schon 72%. 1923 sank die Industrieproduktion auf 47% (1913 = 100), um bis 1925 auf 83% anzusteigen. Erst 1927 erreichte die deutsche Industrieproduktion den Stand von 1913. Nur in den beiden folgenden Jahren 1928 (103) und 1929 (104) lag sie

leicht darüber. Motor der wirtschaftlichen Entwicklung waren wie vor 1914 der Maschinenbau, die Chemie und die Elektroindustrie, kaum dagegen der Fahrzeugbau, der in den USA und in Frankreich die Lokomotive des Wachstums bildete. Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 drückte die Produktion wieder unter das Niveau von 1913 (1930: 91%).⁴

Das deutsche Wirtschaftswachstum litt nach 1919 auch unter den ausländischen Handelsschranken, die den wichtigen Export behinderten. Hinzu kam, dass nach den Erfahrungen der Hyperinflation des Jahres 1923 das Zinsniveau insgesamt relativ hoch und die Investitionen der Wirtschaft auch in den guten Weimarer Jahren niedrig blieben. Gleichzeitig musste die Weimarer Wirtschaft Millionen neuer Arbeitskräfte aus den starken Vorkriegsjahrgängen in den Arbeitsmarkt integrieren. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg zwischen 1907 und 1925 von 25,2 Millionen um 6,8 Millionen auf 32,0 Millionen an. Die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung stieg von 45,5% (1907) auf 51,3% im Jahr 1925 an. Unter den Frauen nahm die Erwerbsquote von 30,4% auf 35,6% zu.⁵ Von den neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Kräften gingen allein 2,1 Millionen in die „white collar“-Berufe, also zu den Angestellten und Beamten. Der Dienstleistungssektor profitierte vom wirtschaftlichen Wandel am meisten, besonders die Sparte „Handel und Verkehr“. 1907 waren hier 12,4% aller Erwerbstätigen beschäftigt, 1925 16,4%. Industrie und Handwerk stagnierten dagegen auf hohem Niveau (1925: 42,1%), während die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten deutlich zurückging. Bereits 1930 arbeiteten mehr Deutsche im Dienstleistungssektor als in der Landwirtschaft.

Auch die Einbußen bei den Rohstoffvorkommen durch die Versailler Friedensbedingungen beeinflussten das wirtschaftliche Wachstum in der Weimarer Republik negativ. Die abgetretenen Gebiete machten zwar nur 13% des Staatsgebietes aus, verfügten aber über drei Viertel der Eisenerzvorkommen, knapp die Hälfte der Produktionskapazität für Roheisen (44%) und ein Viertel der Förderkapazität für Steinkohle (26%). Die Leverage von der unerträglichen Last der deutschen Reparationen an die Alliierten, die auf der deutschen Wirtschaft gelastet habe, verengte den Blickwinkel auf die Transferzahlungen in das Ausland. Der dadurch ausgelöste Kapitalrückfluss nach Deutschland ergab ein völlig anderes Bild. Tatsächlich kamen durch die Reparationsverhandlungen Kredite in ungekanntem Maße aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland, die den Kommunen einen großzügigen Ausbau ihrer Infrastruktur erlaubten.

Die Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft führte in der neueren Forschung zu der Vermutung, zwischen 1925 und 1929 habe es eine „unnormale, ja ‚kranke‘ Wirtschaft“ gegeben (Knut Borchardt). Der Lohnanstieg habe nicht der Produktivitätszunahme entsprochen.⁶ Diese Sichtweise rechtfertigt die Deflationspolitik Brüning's nach 1930 und macht sich die Lesart der hochgradig kartellierten Wirtschaft zu Eigen. In den wirtschaftlichen Verteilungskämpfen standen die Unternehmensverbände nicht nur den Gewerkschaften, sondern auch den staatlichen Zwangsschlichtern gegenüber, die stärker den Arbeitnehmerinteressen zuneigten. Diese „politischen Löhne“ lenkten den Zorn der Arbeitgeber auf das politische System. Die These der „kranken Wirtschaft

von Weimar“ erklärt eher die Neigung der Unternehmer zu politischen Systemen mit einem eigenen direkten Zugang zum Machthaber, als dass sie die Wachstumsschwäche der Weimarer Wirtschaft begründet. Zutreffend daran ist jedoch der Befund, dass sich die deutsche Wirtschaft auch in den Mitteljahren der Republik in der Krise befand. Der Börsencrash vom Oktober 1929 verschärfte die Wirtschaftskrise, er schuf sie aber nicht.

Der experimentelle Charakter der Weimarer Republik zeigt sich gerade in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wirtschaft, Markt und Arbeitswelt waren Experimentierfelder, die der Republik diejenige Stabilität beistellen sollten, die ihr die Politik nicht zu geben vermochte. Mehrere Krisenlösungsversuche zeichneten sich ab, um aus der wirtschaftlichen Dauerkrise herauszukommen. Der wichtigste Versuch bestand, erstens, in der Produktivitätssteigerung durch Rationalisierung. Die durchgreifende Rationalisierung des Arbeitslebens und der Produktion lag im internationalen Trend. Wie gebannt schauten Unternehmer, Politiker und Gewerkschafter auf die neuen „assembly lines“ der Detroit- Automobilfabriken der Firma Ford, die in 7882 Arbeitsvorgängen das bekannte Modell T herstellten. Der Kult der Produktivität und der Effektivität einte alle politischen Lager. Vom Taylorismus versprachen sich Rechte wie Linke viel, zumal auch die Sowjetunion mit ähnlichen Strategien aufwartete. Der Taylorismus stand für die umfassende und durchgreifende Rationalisierung des Arbeitsprozesses, wobei die Arbeitsmittel optimal ausgenutzt und die Leistungsbereitschaft der Arbeiter durch differenzierte Lohnsysteme gesteigert werden sollten. Die Gewerkschaften teilten den Rationalisierungskonsens. Um Investitionen zur Rationalisierung der Arbeitsabläufe zu erleichtern, waren sie zu kurzfristigen Lohnkürzungen bereit. Die technologische Innovation trug dazu bei, dass die Industrieproduktion an die Vorkriegszeit anknüpfen konnte. Das Industriewachstum schlug sich allerdings nur bedingt auf dem Arbeitsmarkt nieder. Die Rationalisierung in den Betrieben entkoppelte den Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung. Eine strukturelle Dauerarbeitslosigkeit kennzeichnete daher die 20er-Jahre.

Mit der Rationalisierung hing, zweitens, die zunehmende Unternehmenskonzentration und die Trustbildung eng zusammen. Die bekanntesten Beispiele dafür sind die I.G. Farben, die 1925 aus den führenden Chemieunternehmen Bayer, Hoechst und BASF entstand, sowie die Vereinigten Stahlwerke, 1926 hervorgegangen aus den bedeutendsten deutschen Stahlproduzenten ohne die Krupp-Werke. 1925 gab es 1539 Kartelle, 1910 waren es nur 367 gewesen. Der Konzentrations- und Lenkungsgedanke beherrschte auch das Verhältnis des Staates zur Wirtschaft. Die Rolle des Staates wurde mit der Zunahme von Verkehr, Transport und Kommunikation immer wichtiger und unterschied die Weimarer Republik vom Kaiserreich. Zur Reichspost kam jetzt auch die bayerische Post hinzu, die zwischen 1871 und 1919 durch eine Reservatsbestimmung in der Verfassung selbstständig geblieben war. Seit 1920 gab es die Reichsbahn, die nun auch die bayerischen und württembergischen Bahnen umfasste, die bis dahin im Eigenbesitz der Länder geblieben waren. Ein Jahr später wurden die Wasserstraßen verstaatlicht. Die öffentliche Hand beherrschte die Wachstumsbereiche Wasserversorgung

(1925: 96,7%), Gas (92,6%) und Elektrizität (92,1%). Der Industriebesitz des Reiches ging 1923 in die Vereinigten Industrieunternehmen AG (VIAG) ein, der preußische in die Preußische Bergwerks- und Hütten AG (Preussag), der 1929 die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG (VEBA) an die Seite trat. Insgesamt besaß die öffentliche Wirtschaft 1927 einen Anteil von 10,1% am Volkseinkommen.⁷

Drittens waren sich alle politischen Richtungen nach 1919 darin einig, dass die politische, die wirtschaftliche und die soziale Ordnung eine Einheit bilden sollten. Über die Art dieser Ordnung herrschte schon bald bitterer Streit. Hinter den dafür diskutierten Konzepten standen Vorstellungen einer Ordnung für die gesamte Gesellschaft. Die bekanntesten waren die „Gemeinwirtschaft“, der „Organisierte Kapitalismus“ und die „Wirtschaftsdemokratie“.

Die Weimarer Reichsverfassung vom August 1919 regelte in den Artikeln 151 bis 165 das Wirtschaftsleben. Dabei orientierte sie sich an dem Leitgedanken der „Gemeinwirtschaft“. Unter Gemeinwirtschaft verstand man die Selbstverwaltung unter Mitwirkung aller schaffenden Volksteile, also von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Dieser Gedanke fand nicht nur in der Arbeiterbewegung Anklang. Er stand auch in der Tradition der durchorganisierten Kriegswirtschaft und schrieb die Kontrolle des Staates im Wirtschaftsleben fest. Die Partizipation der Arbeitnehmer und das öffentliche Gemeinwohl standen hinter dem staatlich gelenkten Korporatismus zurück, den Wichard von Moellendorff, Staatssekretär und Mitarbeiter des sozialdemokratischen Reichswirtschaftsministers Rudolf Wissell, seinen Vorschlägen zugrunde gelegt hatte. Moellendorffs autoritär-technokratische Konzeption der Wirtschaftsflenkung stieß in der Zeit der millionenfachen Demobilisierung auf breite öffentliche Unterstützung. Diese Vorstellungen zur Gemeinwirtschaft gipfelten schließlich in der Gründung eines Reichswirtschaftsrates, eines Reichskohlenrates und eines Rates für die Kaliwirtschaft. Im alltäglichen Verteilungskampf blieb die „Gemeinwirtschaft“ jedoch eine Beschwörungsformel, der mehr eine Appellfunktion zukam, als dass die zahlreichen Gremien zur staatlichen Wirtschaftsflenkung wirkungsvoll in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen konnten. Dazu fehlte auch zunehmend ein einheitlicher politischer Wille.

Brachte das Konzept der „Gemeinwirtschaft“ das Bürgertum in die Nähe sozialdemokratischer Konzepte zur Gestaltung der Wirtschaftsordnung, so ermöglichten Konzepte wie der „organisierte Kapitalismus“ und die „Wirtschaftsdemokratie“ es der Arbeiterbewegung, sich mit der real existierenden Wirtschaftsverfassung der Republik anzufreunden. Dort herrschten Kartellbildung und Konzentration vor. Der führende sozialdemokratische Theoretiker Rudolf Hilferding diagnostizierte einen Wandel weg vom Konkurrenzkapitalismus hin zum organisierten Kapitalismus, der die Lenkung der Investitionen aus der Hand der Kapitalisten nahm und sie in die Hand der Gesellschaft legte. Die „Führung des Unternehmens ist nicht mehr Privatsache des Unternehmers, sondern gesellschaftliche Angelegenheit“.⁸

Da ist das Entscheidende, dass wir augenblicklich in der Periode des Kapitalismus uns befinden, in der im Wesentlichen die Ära der freien Konkurrenz, in der der Kapitalismus rein durch das Walten der blinden Marktgesetze beherrscht war, überwunden ist, und wir zu einer kapitalisti-

schon Organisation der Wirtschaft kommen, also von der *Wirtschaft des freien Spiels der Kräfte zur organisierten Wirtschaft*.

Die *organisierte Wirtschaft* zeichnet sich – um das mit einigen Schlagworten anzudeuten – *technisch* dadurch aus, dass neben dem Dampf, neben der Elektrizität immer mehr die synthetische Chemie in den Vordergrund rückt, die etwa nach einem halben Jahrhundert wissenschaftlicher Entwicklung für die fabrikatorisch-technische Anwendung reif geworden ist. Diese Anwendung der Chemie bedeutet prinzipiell etwas Neues. Sie macht die kapitalistische Wirtschaft unabhängig von den einzelnen Rohstoffvorkommen, indem sie prinzipiell darauf ausgeht, wichtige Rohstoffe aus anorganischen Stoffen, die massenhaft vorhanden sind, künstlich herzustellen [...].

Das Charakteristische ist nun zweitens, dass die kapitalistische Industrie, in der ein mit neuer Energie geladenes wissenschaftliches Verfahren wirksam wird, von vornherein das Bestreben hat, in *organisierter* Weise die neuen Möglichkeiten auszunutzen. [...] Die *Kartell- und Trustentwicklung*, die sich in der Industrie vollzogen hat, ist so für die neuen Industrien überhaupt das erste Wort, mit dem sie in die Welt treten.

Eine dritte charakteristische Tatsache ist die *Internationalisierung* der kapitalistischen Industrie, das Bestreben, die nationalen Monopole, Kartelle und Truste international zusammenzufassen. Wer mit kapitalistischen Wirtschaftskreisen in Berührung kommt, – [...] – ist erstaunt, mit welchem Eifer diese Kreise, die vor dem Kriege in ihrer Wirtschaftseinstellung national abgeschlossen waren, heute internationale Verbindungen suchen, die Beziehungen mit dem Ausland pflegen, und wie sehr der Drang nach internationaler Organisation lebendig wird. [...]

Nun der vierte Punkt [...]: Die Konzernbildung, das Zusammenfassen von immer mehr Betrieben in eine oberste Spitze, bedeutet für die einzelnen Betriebe die Ausschaltung der freien Konkurrenz. [...] Organisierter Kapitalismus bedeutet also in Wirklichkeit den *prinzipiellen Einsatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion*. Diese planmäßige, mit Bewusstsein geleitete Wirtschaft unterliegt in viel höherem Maße der Möglichkeit der bewussten *Einwirkung der Gesellschaft*, das heißt nichts anderes, als der Einwirkung durch die einzige bewusste und mit Zwangsgewalt ausgestattete Organisation der Gesellschaft, der Einwirkung durch den *Staat*.

Wenn das so ist, dann treten sich klar gegenüber auf der einen Seite die kapitalistische Organisation der Wirtschaft, auf der anderen Seite die Staatsorganisation, und das Problem ist, wie wir ihre gegenseitige Durchdringung gestalten wollen. Das heißt nichts anderes, als dass unserer Generation das Problem gestellt ist, mithilfe des Staates, mithilfe der bewussten gesellschaftlichen Regelung die von den *Kapitalisten* organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den *demokratischen Staat* geleitete Wirtschaft umzuwandeln.⁹

Die Arbeiterbewegung sollte daher die Möglichkeit nutzen, durch eine Regierungseteiligung von staatlicher Seite her auf die Produktion einzuwirken. Die Gewerkschaften zogen daraus die Konsequenz, die politische Demokratie durch die Wirtschaftsdemokratie zu ergänzen, d. h. die Organe der Wirtschaftlenkung in den Konzernen auf staatlicher Gesetzesgrundlage mit Vertretern der Arbeiterschaft zu besetzen.

Wirtschaftsdemokratie ist nicht mehr reiner Kapitalismus und noch nicht sozialistische Wirtschaft. Sie ist Zwischenland zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Vorstufe der Sozialisierung und ihre Wegbereiterin. Zum Begriff der Wirtschaftsdemokratie kann man auf verschiedene Weise gelangen. Man kann anknüpfen an die Kritik der politischen Demokratie und die Unzu-

länglichkeit der nur formalen Demokratie des Stimmzettels. Das war ja die große Erfahrung, die wir im Gegensatz zur Meinung der Begründer der sozialistischen Arbeiterbewegung machten, dass die Erämpfung der politischen Demokratie noch keineswegs die Beseitigung der wirtschaftlichen Unfreiheit bedeutete. Dank der Vorrechte des Besitzes und der Bildung verfügt die besitzende Minderheit heute noch über so gewaltige Beeinflussungs- und Druckmittel, dass die Mehrheit der Bevölkerung bisher nicht widerstehen konnte und ihre Stimmen den bürgerlichen Besitzparteien gab, auch wenn ihre wirtschaftlichen und sozialen Belange sie mit der Arbeiterbewegung verbanden. So bedeutete Freiheitserklärung auf dem staatsbürgerlichen Gebiet noch nicht Freiheitserwerb auf dem wirtschaftlich-gesellschaftlichen Gebiet. [...]

Es ist wichtig zu erkennen, dass die Entstehung des wirtschaftsdemokratischen Gedankenganges verknüpft ist mit einem bestimmten Zustand der kapitalistischen Entwicklung. Ihr geschichtlicher Standort ist da anzusetzen, wo der Konkurrenzkapitalismus übergeht in den organisierten Monopolkapitalismus, wo das Prinzip der freien Konkurrenz mehr und mehr weicht dem Prinzip der planmäßigen Produktionsregelung und der organisierten Marktherrschaft. Erst mit dem sich ausbildenden Monopolkapitalismus aber entsteht der Begriff der Wirtschaftsführung, die einem Kapitalismus der freien Konkurrenz mit einer auf dem Wege über Angebot und Nachfrage herbeigeführten automatischen Selbstregulierung noch gänzlich fehlt. Die kapitalistischen Leistungsfunktionen werden in der Spätzeit des Kapitalismus mehr und mehr zusammengefasst in Kartellen, Syndikaten, Trusts, Konzernen und sonstigen Organen, die die Monopolwirtschaft aus sich heraus stellt, und die wir als Unternehmungsorganisationen zu bezeichnen pflegen. Die Wirtschaftsführung, die durch diese Organe erfolgt, kann nun auf zwei Wegen im Sinne des Allgemeinwohls umgestaltet werden: erstens durch Ausdehnung der staatlichen Kontrollfunktion über die Wirtschaft, zweitens durch *Demokratisierung der die Wirtschaftsführung ausübenden Organe*. Diese Demokratisierung wird erreicht durch Einschaltung von Arbeitervettern, das heißt von Vertretern der Arbeiterorganisationen in alle Stellen der Wirtschaftsführung, eine Einschaltung, die mithilfe des Staates auf gesetzlicher Grundlage zu erfolgen hat und nicht etwa auf der Grundlage freiwilliger und jederzeit kündbarer Verständigung. Hier ist der deutliche Unterschied zu den mit Recht abgelehnten früheren „Arbeitsgemeinschaften“. Diese Entwicklung zur Wirtschaftsdemokratisierung muss aber zugleich unterstützt werden durch die Erhaltung und Mehrung der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand, durch das Vorrücken von gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Wirtschaftsformen, namentlich der eigenen Wirtschaftsunternehmungen der Arbeiterschaft. In diesem Sinne ist Wirtschaftsdemokratie die Entwicklung zu einer dem allgemeinen Volksinteresse dienenden *Versorgungswirtschaft* durch Demokratisierung aller Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung sowie durch eine planmäßig durchgeführte Wirtschaftskontrolle und Wirtschaftsführung seitens des demokratischen Staates.¹⁰

Es war kein Zufall, dass gerade von den sozialistischen Gewerkschaften die einzigen ernsthaften Vorschläge für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen am Ende der Weimarer Republik kamen.

Die christlichen Gewerkschaften und das konservative Parteienspektrum liebäugelten in zunehmendem Maße mit der berufsständischen Sozialordnung, die das soziale Gleichheitsgebot nur noch kollektiv gelten ließ, nicht mehr individuell. Individuelle Ungleichheit vertrug sich mit der Gleichberechtigung der kollektiven Berufsstände. Größere Bedeutung erhielt dieses Konzept im Sommer 1932, als es den autoritären Verfassungsumbau Franz von Papens legitimieren helfen sollte. Das demokratische Wahl-

recht wäre auf seiner Grundlage durch eine Versammlung der Berufsstände ergänzt, langfristig aber wohl abgelöst worden. Insgesamt artikuliert die „berufsständische Sozialordnung“ das Unbehagen wettbewerbsmüder und marktfeindlicher Kreise an den egalitären Tendenzen der politischen und kulturellen Verfassung der Republik.

Die Wirtschaftsverfassung der Weimarer Republik war untrennbar verbunden mit ihrer Sozialverfassung und ihrer politischen Verfassung. Das Wachstum des Dienstleistungssektors bedeutete einen tiefen Einschnitt in die deutsche Sozialverfassung, die bis dahin nur das stetige Wachstum der Industriearbeiterschaft gekannt hatte. Der einzelne Deutsche erlebte diesen Wandel in der Regel als Krise. Zwischen Arbeitern und Angestellten verlief eine unsichtbare Linie, die das soziale Selbstverständnis prägte und 1911 durch eine eigene Reichsversicherungsanstalt für die Angestellten noch einmal deutlich akzentuiert worden war. Die Angestellten befanden sich auf dem Vormarsch, der Anteil der Arbeiterschaft an der Erwerbsbevölkerung nahm relativ gesehen ab. Dennoch erlebte auch der einzelne Angestellte diese Entwicklung als Krise. Angestellte waren besonders empfänglich für die Kritik an der Republik. Eine ihrer wichtigsten Interessenorganisationen, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, tendierte immer weiter nach rechts und wurde schließlich zu einem Bündnispartner der NSDAP. Das Gleiche galt für den Reichslandbund und die Großlandwirtschaft. Auch die Landwirtschaft sah sich als ewiger Verlierer und schielte nach der ganz großen Alternative zu einer Gesellschaft, in der Wettbewerb und Markt über Gewinn und Verlust entschieden. Überhaupt gab es eine ganze Reihe von Konflikten, wie zwischen Landwirtschaft und Industrie, Handwerk und Industrie oder zwischen Angestellten und Arbeitern, die gar nichts mit der Weimarer Republik zu tun hatten und sehr viel älter waren. Dennoch sah nach 1919 mindestens eine der Konfliktparteien – oft sogar beide – in Republik und Demokratie die Wurzel allen Übels. Das hatte auch mit den 1918 enorm gestiegenen Erwartungen an die politische Gestaltung zu tun. Politisches Handeln war nach 1918 nicht mehr das Privileg von wenigen, sondern ging von vielen aus. Damit aber stieg die Erwartung politischer Machbarkeit.

Krise und Krisenmentalität verstärkten sich wechselseitig. Die andauernden Aufregtheiten und der überreizte Ton der öffentlichen Diskussion resultierten aus der sozialen Erfahrung des Weltkrieges und dem politischen Chaos der ersten Weimarer Jahre. Zurückgesetzt fühlten sich auch diejenigen, die meinten, es früher besser gehabt zu haben. Dazu zählten zuerst die Universitäten und die Studentenschaft. Die Universitätsabsolventen gerieten in eine akademische Überfüllungskrise und waren besonders anfällig für den Krisendiskurs. Schon 1923 nahmen Korporierte und SA-Studenten an Hitlers Marsch auf die Münchener Feldherrenhalle teil. Seit 1926 erzielte der „Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund“ Erfolge an den deutschen Universitäten.

Das Verhalten von Angestellten, Handwerk, Landwirtschaft und Studentenschaft zeigte, dass die deutsche Nachkriegsgesellschaft ihre Ausdifferenzierung mit einer ideologischen Verschärfung bezahlte, die in den subjektiv unterschiedlich wahrgenommenen Lebens- und Klassenlagen gründete. Mit dem Abschmelzen der großen sozialen Blöcke in Landwirtschaft und Industriearbeiterschaft ließ der Konflikt nicht nach, er

nahm vielmehr zu. Marxistische Theoretiker haben dies immer wieder auf die inneren Strukturgesetze der Industriegesellschaft zurückgeführt. Wahrscheinlicher ist indessen die radikalisierende Wirkung des Ersten Weltkrieges.

Gleichzeitig war die Weimarer Republik die erste politische Ordnung in Deutschland, die sich selbst verpflichtete, diesen sozialen Gegensätzen aktiv entgegenzuwirken. Sie war ihrem konstitutionellem Selbstverständnis nach ein Sozialstaat und entwickelte die Sozialpolitik und die Sozialfürsorge aus dem Kaiserreich weiter. Qualitativ neu war jedoch, dass das Sozialstaatsprinzip in Artikel 163 Verfassungsrang erhielt:

Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.

Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen Unterhalt gesorgt. Das Nähere wird durch besondere Reichsgesetze bestimmt.¹¹

Die Verfassung legitimierte die Ausübung staatlicher Herrschaft nicht nur mit dem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip, sondern auch mit der Sozialstaatlichkeit. In der Praxis bedeutete dies eine massive Ausweitung der Staatsstätigkeit in der sozialen Arbeitswelt, der Wohlfahrt und den Sozialleistungen. Vor dem Hintergrund der immensen sozialen Folgekosten des Krieges herrschte ein breiter Konsens darüber, dass der Staat mehr noch als im Kaiserreich eine aktive Rolle in der Sozialpolitik übernehmen sollte. Seine Kompetenzen auf diesem Gebiet wuchsen stark an; soziale Gesetzgebung machte einen immer größeren Teil der Arbeit des Reichstages aus.¹²

Die Sozialpolitik regelte zum einen die Beziehungen in der Arbeitswelt, vor allem in den Industriebetrieben, und übte zum anderen die Verteilungsfunktion des Staates aus. Für die erste Funktion steht der Komplex Betriebsverfassung und Tarifgestaltung, für die zweite die soziale Sicherung vor allem derjenigen, die in der industriellen Arbeitswelt keinen Platz fanden. Die gesetzliche Garantie des Sozialstaates bedeutete eine nachhaltige Verrechtlichung der sozialen Beziehungen.

Die Gesetzgebung zu den Arbeitsbeziehungen gab erstmals den Betrieben eine Verfassung und regelte die Tarifpolitik. Das neue Instrument hierzu hieß „kollektives Arbeitsrecht“. Es sollte die betrieblichen Arbeitsbeziehungen ordnen. Dazu diente das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920. Es richtete in allen Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten Betriebsräte ein. Diese Regelung der Arbeitsbeziehungen auf betrieblicher Ebene stieß nicht nur auf den Widerstand der Arbeitgeber. Auch die sozialistischen Gewerkschaften beargwöhnten die neuen Betriebsräte als Konkurrenten bei der Vertretung von Arbeiterinteressen. Die Betriebsräte blieben insgesamt zu schwach, um selbstständig über die Einhaltung von Vereinbarungen mit den Unternehmern zu wachen. Der Gesetzgeber hatte ihnen nur ein innerbetriebliches Mandat übertragen, das zudem für die unterschiedlichsten Interpretationen Raum bot. Außerdem war die Rolle der Betriebsräte widersprüchlich bestimmt worden. Sie sollten einerseits Arbeiterinteressen gegenüber den Arbeitgebern, andererseits aber Betriebsinteressen zusammen mit

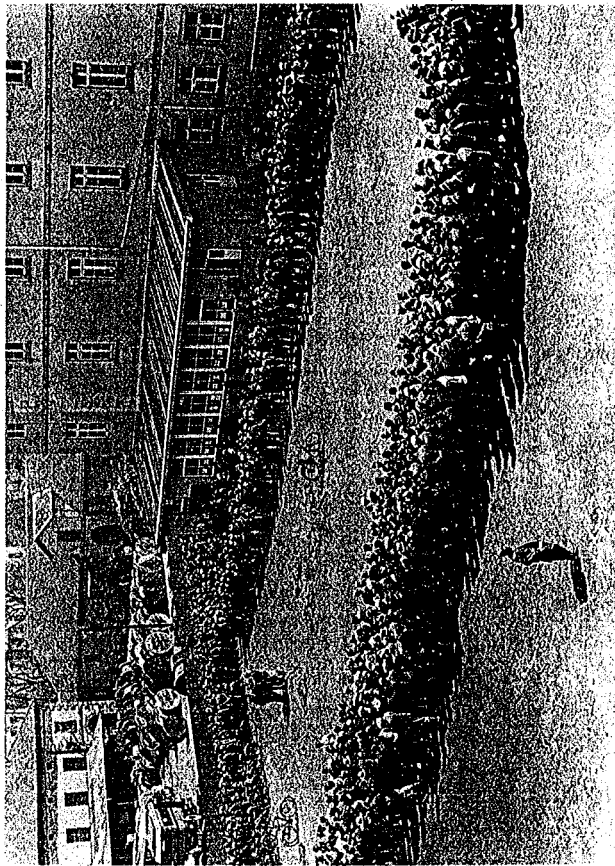
den Arbeitgebern nach außen vertreten. Mit dem Zweiten ließ sich in der Praxis das Erste aushebeln. Als die Gewerkschaften später die Rechte der Betriebsräte aufwerten wollten, war dafür keine politische Mehrheit unter den Bürgerblockkabinetten mehr zu finden. Die Versuche, über ein kollektives Arbeitsrecht die betriebliche Arbeitswelt aus der Sicht der Arbeitnehmer zu verbessern, versandeten damit.

Auch in der Tarifpolitik brachte die Weimarer Reichsverfassung eine wesentliche Neuerung. Der Artikel 165 gestand den Arbeiterorganisationen erstmals die Parität mit den Arbeitgebern zu:

Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.¹³

Damit hatte der jahrzehntelange Kampf der Arbeiterorganisationen um politische und öffentliche Anerkennung einen entscheidenden Durchbruch erzielt. Der Staat erkannte die Tarifvereinbarungen rechtlich an und erteilte ihnen Rechtskraft. Die Verfassung garantierte dagegen nicht das Prinzip der Tarifautonomie. Im Gegenteil: Seit 1923 war die staatliche Zwangsschlichtung eine verbreitete Praxis mit fatalen staatspolitischen Folgen. Zum einen entlastete sie die Tarifparteien vom Einigungszwang und trug so indirekt zur Radikalisierung der Positionen von Unternehmern und Gewerkschaften bei. Zum anderen aber verstärkte die Zwangsschlichtung das Misstrauen des Wirtschaftsbürgertums gegen den Weimarer Staat, den es nicht mehr als neutralen Schlichter, sondern als Agenten von Gewerkschaftsinteressen wahrnahm. Der Ruhreisenstreit im Herbst 1928 verdeutlichte das tiefe Misstrauen der Arbeitgeber gegenüber der Rolle des Staates als Schlichter. Dabei rückte die Summe der Lohnerhöhungen in den Hintergrund. Aus Protest gegen den „politischen Lohn“ des staatlichen Schiedsspruches, der 6 Pfennige mehr Lohn pro Stunde für die Zeitlohnarbeiter und 2 Pfennige für Akkordlohnarbeiter vorsah, sperrten die Eisen- und Stahlindustriellen des Tarifverbandes Nordwest 230 000 Arbeiter aus.¹⁴ Umgekehrt maßen die Gewerkschaften der Tarifpolitik einen zu hohen Stellenwert bei. Aus ihrer Sicht regelte die Tarifpolitik und nicht die Betriebsverfassung die entscheidenden sozialpolitischen Fragen. Bei derart festgefahrebenen Positionen auf beiden Seiten blieb die konkrete Interessenvertretung der Arbeiter vor Ort auf der Strecke. Stattdessen trug die Dynamik des Tarifwesens zur Verhärtung der ideologischen Fronten in der Sozialpolitik, aber auch in der allgemeinen Politik bei.

Der zweite Bereich staatlicher Sozialpolitik war die soziale Sicherung, die mit der Arbeitslosenversicherung von 1927 ihren Höhepunkt erreichte. Damit lag Deutschland im Trend der europäischen Nachkriegsentwicklung, die durchgängig einen Ausbau der sozialen Sicherungssysteme als Folge der Weltkriegserfahrung kannte. Kennzeichnend für die Weimarer Sozialpolitik blieb, dass sie prozyklisch Leistungen vergab, also in guten Zeiten den Leistungskatalog ausbaute und ihn bei einem wirtschaftlichen Abschwung zurückfuhr. Als politisches Steuerungsinstrument in Zeiten der Krise fiel die Sozialpolitik damit aus. Das galt auch für die anderen Bereiche der staatlichen Sozialpolitik:



Hannover Anfang der 30er-Jahre.

Eine Schlange von Arbeitslosen vor dem örtlichen Arbeitsamt.

den öffentlichen Wohnungsbau, auf den sich in den Jahren der relativen Stabilisierung große Hoffnungen richteten, die Jugendhilfe und das weite Feld der öffentlichen Daseinsfürsorge.

Paradoxerweise stärkte der Ausbau der Weimarer Sozialpolitik nicht die Stabilität des Staates, sondern er untergrub sie eher. Der soziale Reformmeister, der bis zu utopischen Vorstellungen eines „neuen Menschen“ ging, stand in scharfem Kontrast zur sozialen Wirklichkeit der Republik. Die einmal geweckten Hoffnungen wurden damit bitter enttäuscht. Das trat am deutlichsten in den Kommunen zum Vorschein, deren Finanzsorgen ihnen jede Möglichkeit zur Wohlfahrtspolitik nahmen. Die Städte und Gemeinden schafften es seit 1930 immer weniger, die „ausgesteuerten“ Arbeitslosen mit dem Nötigsten zu versorgen und damit den Sozialstaatsauftrag der Verfassung zu erfüllen. Die gestiegenen Erwartungen an das soziale Projekt Weimarer Republik wurden seit 1930 beinahe täglich durch seine unzureichenden Mittel demontiert. So paradox es klingt: „Die Weimarer Republik verlieh der deutschen Sozialpolitik neue und fortwirkende Lebens- und Entwicklungskräfte, die Sozialpolitik vergalt es der Republik damit, dass sie ihr schwer entbehrliche Lebens- und Entwicklungskräfte entzog.“¹⁵

Weimarer Weltanschauungen und Organisationsfetischismus

Gab es überhaupt *eine* Weimarer Gesellschaft und wenn ja, was hielt sie zusammen? Unbestreitbar ist: Die Weimarer Republik war unter dem nationalen Gesichtspunkt homogener als das Kaiserreich. Die Gebietsabtretungen von 1919 hatten die polnische und die französische Minderheit ihren Titularnationen wieder zugeordnet. Der innere sprachliche und ethnische Integrationsbedarf der Republik war dadurch niedriger als vor 1914. Die Alliierten, nicht die Nationalversammlung, hatten 1919 noch einmal die kleindeutsche nationale Lösung eines von Preußen dominierten Deutschland, wie sie bei der Reichsgründung 1871 Gestalt angenommen hatte, bestätigt. Österreich war wie schon 1848 und 1871 kein Teil des Deutschen Reiches. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft war damit insgesamt nationaler als die Gesellschaft vor 1914.

Auch wenn die territorialpolitischen und die ethnischen Rahmendaten für eine größere Homogenität der deutschen Gesellschaft sprachen, war die Weimarer Republik doch eine tief fragmentierte Gesellschaft. Es waren weniger die objektiven als vielmehr die subjektiv gefühlten sozialen Klassenslagen, die die deutsche Gesellschaft spalteten. Die Gesellschaft der Weimarer Republik war weniger als die des Kaiserreiches eine Klassengesellschaft. Dagegen sprach schon die soziale Ausdifferenzierung der Erwerbsberufe. Das Wachstum des Dienstleistungssektors brachte zahlreiche neue Berufe im Angestelltenbereich hervor und stärkte die vorhandenen; dies war mit einer Klassenbegrifflichkeit schwer zu fassen. Differenzierung, nicht Homogenisierung kennzeichnete die Geschichte der sozialen Gruppen nach 1918. Entscheidend war, dass von „objektiven“ sozialen Merkmalen immer weniger auf das subjektive Bewusstsein geschlossen werden konnte. Die Arbeiterschaft stellte zwar mit über 40 Prozent noch den größten Teil der Erwerbsbevölkerung. Doch gab es nichts weniger als ein einheitliches Bewusstsein unter den Arbeitern. Für die individuell wahrgenommene soziale Lage waren weniger das Kriterium der abhängigen Lohnarbeit als vielmehr die Unterschiede zwischen den Branchen, zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern, vor allem aber zwischen denen, die Arbeit hatten, und denen, die keine Arbeit hatten, ausschlaggebend. Umgekehrt darf eine Stimmabgabe radikalierter Arbeitsloser für die KPD nicht mit einem gefestigten politischen Bewusstsein verwechselt werden.

Bei den Arbeitern konnte von einem einheitlichen politisch-sozialen Bekenntnis keine Rede sein. Diesen Befund untermauerte eine Studie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung.¹ Für die ideellen Mischlagen sprach, dass auch sozialdemokratische Arbeiter Napoleon, Bismarck und auch Hindenburg zu den großen Persönlichkeiten der Geschichte rechneten. Jahrzehnte intensiver sozialdemokratischer Aufklärungsarbeit hatten kaum Spuren in der eigenen Anhängerschaft hinterlassen. Auch wenn der Vorwärts 1927 ganz neusachlich alle Nippessachen, goldgerahmten Öldrucke und

gesteckten Wandbekleidungen aus den Arbeiterwohnungen geworfen wissen wollte, schätzten viele Parteimitglieder diese „Auswüchse krankhafter Bourgeoisie“ offenbar so sehr, dass sie sich nicht davon trennen wollten. Das Streben nach kultureller Modernität hielt sich bei den Arbeitern sehr in Grenzen. Die viel zitierte Modernität des Jazz lehnte etwa die Hälfte aller befragten Arbeiter ab. Nur bei der Haartracht dachten die Arbeiter anders: Der Bubikopf gefiel ihnen überwiegend.²

Die sozialen Lagen prägten das Bewusstsein in der deutschen Gesellschaft der Weimarer Republik vermittelt durch Weltanschauungen. Die „Weltanschauung“ war so sehr deutsch, dass sie im Englischen zu einem Germanismus wurde. Eine Weltanschauung bedeutete ein Bündel von Ideen, das gleichzeitig die Anschauung von Politik, Kultur und sozialer Welt prägte. Weltanschauungen waren in der Weimarer Republik weniger denn je Privatsache. Das verband sie mit der Religion. Sie rührten von den großen kollektiven Konflikten des 19. Jahrhunderts her, der Nationalstaatsbildung und der Industrialisierung. Anders als in England oder in Frankreich waren beide Herausforderungen in Deutschland zeitlich zusammengefallen. Die nationalen und die sozialen Konflikte wurden nicht nacheinander, sondern gleichzeitig ausgetragen, was im Ergebnis dazu führte, dass sie sich wechselseitig verstärkten. Die markantesten Konflikte waren der konfessionelle und der soziale Gegensatz. Diese ursprünglichen politischen-mentalen Konfliktfahrungen ergaben den emotionalen Kitt, der die sozialmoralischen Gesinnungsgruppen auch nach 1918 zusammenhielt. Überleben konnten diese politischen Gesinnungsgruppen, weil sie ihre Ursprünge ständig symbolisch wiederholten und damit in die Gegenwart hinein verlängerten. Der kurzzeitige preussische Kultusminister Adolph Hoffmann, nach seinem Vorschlag einer Trennung von Kirche und Staat „Zehn-Gebote-Hoffmann“ genannt, bediente diesen Kulturkampfflex im Katholizismus genauso wie die Reichswehrplanungen für den Panzerkreuzer A, den die Sozialdemokraten im Wahlkampf 1928 unter der Parole „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer – Fort mit dem Panzerschiff“ bekämpften.

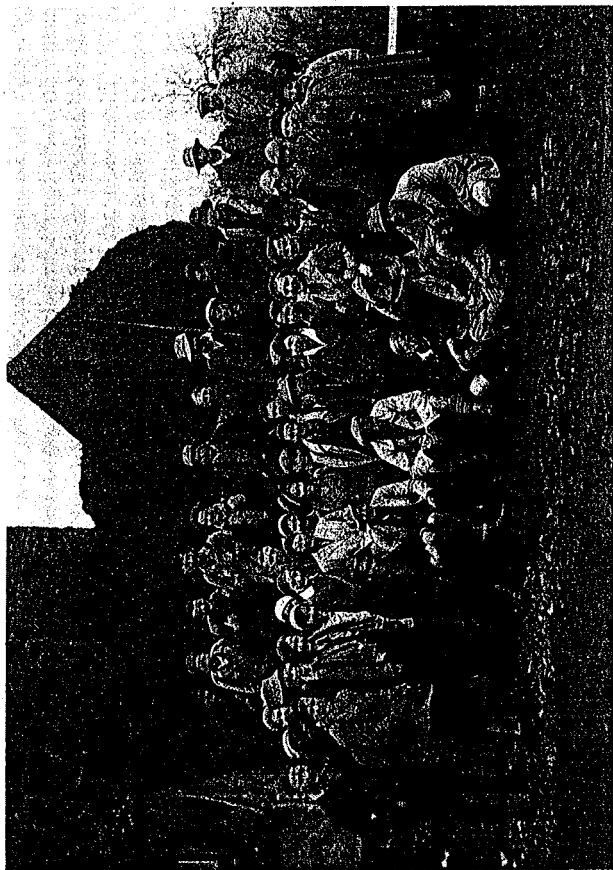
Nur leicht überspitzt ausgedrückt: Die Weltanschauungen wurden zu politischen Religionen mit einem politischen Glaubensbekenntnis, Parteien aber zu politischen Kirchen mit ausladenden und regelmäßig zelebrierten Liturgien, Märtyrern und heiligen Geschichten. Jede dieser Kirchen erhob einen Gestaltungsanspruch für die gesamte Gesellschaft, was Deutschland etwa von der versäulten niederländischen Gesellschaft und auch von der Schweiz unterschied.³ Weltanschauungen – zumal politische – waren im Bewusstsein vorweggenommene Mehrheitskulturen. Die Weimarer Republik verfügte von Anfang an nicht über zu wenig, sondern über zu viele und zu widersprüchliche Ordnungsvorstellungen. Sinn war keine Mangelware in der Weimarer Republik. Auch an den Widersprüchen zwischen den politischen Weltanschauungen der Republikgründer scheiterte der Verfassungskompromiss von 1919. In der deutschen politischen Gesellschaft überwarf nur kurzfristig und teilweise der Konsens den Konflikt. Schon eine so zentrale Annahme wie die Volkssouveränität stieß in der katholischen Zentrumsparlei auf große Vorbehalte, weil sie der Souveränität Gottes zu widersprechen schien. Es überwarf generell ein instrumenteller Umgang mit der Republik. In der Arbeiterbewe-

gung galten Parlament und Demokratie überwiegend als – freilich notwendiges – Hilfsmittel, um nach dem Mehrheitsgewinn etwas anderes zu etablieren. Republik und Demokratie besaßen – so betrachtet – keinen Wert an sich. Das politische Schlagwort „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus lautet unser Ziel“ fand gerade unter jungen Sozialdemokraten zahlreiche Anhänger. Attraktiv war der instrumentelle Umgang mit Demokratie und Republik noch aus einem anderen Grund. Wer so handelte, brauchte sich dem stressvollen gesellschaftlichen Pluralismus, der die Voraussetzung für jede funktionierende Demokratie ist, nicht zu stellen.

Religion und Kirchen unterstrichen die gesellschaftliche Prägnanz von Ideen und Weltbildern. Auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts prägte die konfessionalisierte Religion immer noch den Alltag und das Bewusstsein einer Mehrheit der Deutschen. Die Säkularisierung war kein linearer Prozess und schon gar kein flächendeckender. Sie verstärkte in der Tendenz eher die Gefälle zwischen Stadt und Land sowie zwischen Nord und Süd. Schon in der Weimarer Republik verlief das Gefälle in der kirchlichen Bindung der Protestanten dort, wo nach 1945 die innerdeutsche Grenze verlief: zwischen der Provinz Hannover und Mecklenburg, zwischen Hessen und Thüringen. Die Entkirchlichung in der DDR kann somit nicht allein auf die SED-Politik zurückgeführt werden. Sie hat vielmehr ältere Wurzeln.⁴ Umgekehrt gab es in den mittel- und ostdeutschen Gebieten vor 1933 eine deutlich höhere Bereitschaft für alternative, nicht christliche Weltanschauungen.

Die politische Sprache blieb auch in der Weimarer Republik noch religiös aufgeladen. Politikentwürfe erhielten dadurch einen transzendenten Anstrich. Die Vorstellung des „Weltgerichts“ konnte in der Arbeiterbewegung mühelos in die der „Revolution“ umgedeutet werden. Umgekehrt wählten katholische Arbeiter, die von der Zentrumsparlei enttäuscht waren, signifikant häufiger die KPD als die SPD. Das eschatologische Weltbild, die politische Messianologie und die kirchenähnliche, straffe Organisation mit der immer gleichen Liturgie politischer Versammlungen bei den Kommunisten waren den katholischen Arbeitern vertraut. Wie weit die Religion in der politischen Sprache präsent war, zeigte der Wahlkampfslogan der Zentrumsparlei in der Endphase der Weimarer Republik: „Christenkreuz gegen Hakenkreuz und Sowjetstern“. Die Reichstagswahlen vom 14. September 1930 fielen auf das katholische Fest „Kreuzerhöhung“. Die politische Zeitrechnung war kaum zu trennen vom religiösen Festkalender.

Die weltanschaulichen Gesinnungsgruppen bildeten Teilkulturen, ja Teilgesellschaften in der Weimarer Republik, die das gesamte Leben ihrer Mitglieder von der Wiege bis zur Bahre zu prägen versuchten. Das wichtigste Instrument hierfür waren die politischen Vereine. Der Volksverein für das katholische Deutschland stellte genauso wie die sozialistischen Gewerkschaften (ADGB) oder der Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB) die Schnittstelle zur Politik her. Vereinsmeierei – so deutsch und schwer zu übersetzen wie „Weltanschauung“ – war das Kennzeichen der sozialen Mentalität in den Weimarer Jahren. Das Motto der Organisationsfetischisten von rechts und links war: „Was nicht organisiert ist, existiert nicht“. Die chronisch schwach organisierte Zentrumsparlei verdankte ihre Wahlerfolge dem dichten Netz der katholischen Vereine.



Ostern 1932. Gruppenbild von Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend (SA) vor der Jugendherberge Rothenfels am Main.

Auch die sozialdemokratische Vereinskultur erreichte um 1931 ihre größte Dichte. Erst am Ende der Weimarer Republik war das Ideal einer Arbeiterkultur ansatzweise verwirklicht, die ihre Mitglieder ein Leben lang von den „sozialistischen Kinderfreunden“ des Kurt Löwenstein bis zum sozialistischen „Feuerbestattungsbund“ hatte erfassen wollen.⁵

Die relative Konstanz der Gesinnungsgruppen schloss den mentalen Wandel keineswegs aus, im Gegenteil. Vor allem die Weltkriegsniederlage bedeutete für die großen Ideensysteme einen tiefen Einschnitt. Die religiösen Frömmigkeitsformen und Mobilisierungsmuster des Katholizismus etwa waren im Kaiserreich stark defensiv, depressiv und durchgängig antimodern gewesen.⁶ Die Niederlage des kaiserlichen und protestantischen Deutschland im Weltkrieg und die zentrale Rolle der Zentrumsparterie bei den Regierungsbildungen nach 1919 änderten die katholische Mentalität bei aller Skepsis gegen den Säkularisierungsschub, den die Republik bedeutete, gründlich: Den Platz des Herz-Jesu-Kults nahm jetzt die triumphale Christkönigsfrömmigkeit ein. Zahlreiche kirchliche Gruppen standen für eine Aufbruchstimmung, die auch den inneren Formenwandel einschloss. Der liturgische Aufbruch auf Burg Rothenfels am Main um ihren Spiritus Rector Romano Guardini wies weit voraus, blieb in seinen erweckenden Formen aber noch der Jugendbewegung verbunden, genauso wie die Jugendgruppen

des „Quickborn“. Im Ganzen verzeichnete der Katholizismus einen kulturellen und mentalen Aufschwung und Positionsgewinn. Umstritten waren die Ursachen für den Aufschwung des Katholischen nach 1918: Waren jetzt alle Hindernisse für die Nationalisierung und Verbürgerlichung des Katholizismus beseitigt? Oder waren es gerade seine vorbürgerlichen Grundlagen, die ihn am Ende der liberalen Ära attraktiv machten? Auf der Ebene der gesellschaftlichen und politischen Eliten rückten Katholiken nach 1918 in Positionen vor, die ihnen zuvor verschlossen oder nur schwer zugänglich waren: Das Zentrum stellte die meisten Reichskanzler und war bis 1932 führend an den Regierungen im Reich und in Preußen beteiligt. Auf regionaler Ebene nahm die Zahl der katholischen Landräte und Oberpräsidenten zu. Der preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker berief 1923 den katholischen Priestergelehrten Romano Guardini an die Berliner Universität, wo er Religionsphilosophie und katholische Weltanschauung lehrte. Das alles sprach für ein stärkeres Hineinwachsen in bürgerliche Formen. Gerade aber liberale und linke Protestanten sahen im Katholizismus der Weimarer Zeit jedoch einen antibürgerlichen Ordnungsfaktor. Der religiöse Sozialist Paul Tillich führte das „überaus starke Siegesbewusstsein des gegenwärtigen Katholizismus“ auf seine vorbürgerlicheren Zeit prädestinierte.

Die evangelischen Kirchen mussten sich nach dem Ende der Monarchie und des Summepiskopats, der dem Monarchen die oberste Kirchenführung gab, organisatorisch neu formieren. Die Revolution bedeutete das Ende aller groß- und kleinschmalkaldischen Hoffnungen auf ein evangelisches Reich deutscher Nation. Die Nachkriegszeit war eine Zeit des inneren Umbaus der protestantischen Landeskirchen, deren Grenzen sich – wie im Übrigen auch diejenigen der katholischen Bistümer – immer noch nach der beim Wiener Kongress 1815 beschlossenen Gebietsordnung richteten. Evangelische Bischöfe lösten die gekrönten Häupter in der Kirchenleitung ab. Synodalversammlungen zogen in die Gemeinden ein. Das Modell der Volkskirche gab jetzt eine neue Struktur vor. Die stärkere Beteiligung der Gemeindeglieder sollte nicht nur den politischen Veränderungen Rechnung tragen. Das Konzept der „Volkskirche“ war auch eine Alternative zur überkommenen Theologienkirche. Der Protestantismus sollte vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Volkskirchenräte stärkten innerkirchlich die Beteiligungsrechte der Gemeindeglieder. Der evangelische Kirchentag, 1919 erstmals in Dresden abgehalten, bildete das synodale Repräsentativorgan der deutschen Protestanten. Aus ihm und dem „Deutschen Evangelischen Kirchenausschuss“ entstand 1922 erstmals eine protestantische Vertretung auf nationaler Ebene, nämlich der in der Schlosskirche zu Wittenberg gegründete „Deutsche Evangelische Kirchenbund“. Otto Dibelius feierte diese Entwicklung 1926 unter dem Titel „Das Jahrhundert der Kirche“.⁷ Zur kirchlichen Reform kam eine religiöse Aufbruchstimmung hinzu, die in der Luther-Renaissance ihren markanten Ausdruck fand. Der religiöse Reformator trat jetzt gegenüber dem deutschen Nationalhelden wieder in den Vordergrund. Im Ergebnis differenzierte sich der Protestantismus damit weiter in positiv Orthodoxe, Neu-Lutheraner, Kulturprotestanten und dialektische Theologen in der Nachfolge Karl Barths aus.

Für die deutschen Juden bedeuteten Krieg und Republik ebenfalls einen tiefen Einschnitt. Für sie eröffneten Demokratie und Republik neue Integrationsmöglichkeiten in der Politik und im kulturellen Leben. Liberale Juden sahen sich darin bestärkt, gleichzeitig Deutsche und Juden sein zu können. Sogar die zionistische »jüdische Wochenchau« begrüßte im November 1918 die Revolution:

Wir wissen und vertrauen [...], dass wiederum Ketten gefallen sind, die die Menschheit und auch das jüdische Volk schwer gedrückt haben. [...] Wir begrüßen die Revolution!¹⁸

Vierzig Jahre Antisemitismus schienen das deutsche Judentum nicht geschwächt, sondern – im Gegenteil – gestärkt zu haben. Innerjüdisch nahmen die Gegensätze zwischen der Neu-Orthodoxie, den Zionisten und dem liberalen, zur Assimilation geneigten Judentum gleichwohl zu. Das Gewicht der Liberalen ging aufs Ganze gesehen zurück. Jüdisches Selbstbewusstsein gewann an Boden. Die Gegner des liberalen Judentums kamen in der jüdischen Volkspartei zusammen, die 1925 an den Wahlen zum »Preussischen Landesverband jüdischer Gemeinden« erfolgreich teilnahm. Sogar in der Berliner jüdischen Gemeinde gab es zwischen 1925 und 1930 eine antiliberalen Mehrheit.

Nach einer Formulierung von Fritz Stern ging es den deutschen Juden sichtbar gut, unsichtbar aber litten sie.⁹ Diese Diskrepanz lag am offenen und verdeckten Antisemitismus. Er nahm nach 1918 an Schärfe bis hin zum Mord an prominenten Juden weiter zu. Der Mord an Walther Rathenau 1922 war für viele Demokraten ein deutliches Fanal. Er öffnete denen, die sehen wollten und konnten, die Augen über den Judenthass auf der extremen Rechten. Im Ersten Weltkrieg hatte sich der Antisemitismus radikalisiert und war zugleich Regierungspolitik geworden. Das hatten die Judenzahlungen 1916 und die Grenzsperrung für Ostjuden (wegen angeblicher »Gesundheitsrisiken«) im Frühjahr 1918 sichtbar gemacht. In der Vaterlandspartei besaß die nationalistische Rechte 1917/18 zum ersten Mal ein nationales Forum mit Massenanhang. In der Weimarer Republik suchte sich der verletzte Nationalstolz im Antisemitismus ein billiges Ventil. Die Republik und die Kriegsniederlage wurden immer mit Juden in Verbindung gebracht. Trotz des Rückgangs des politischen Antisemitismus in Gestalt der Deutschvölkischen Freiheitspartei nach 1924 blieben die Netzwerke der Antisemiten erhalten. Früh schon gewannen die Nationalsozialisten Einfluss in der Studentenschaft. Der Antisemitismus aber stellte die Einheit der deutschen Gesellschaft offen in Frage.

Diese Einheit der Gesellschaft war im Kaiserreich durch die Obrigkeit, die Über- und die Unterordnung noch hergestellt worden. Die Untertanenmentalität eines Diederich Heßling aus Heinrich Manns »Der Untertan« hatte ihren Hafpunkt in der Staatsmacht oder in der imaginären Figur des »Generals Dr. von Staat« (Thomas Mann) gefunden. Davon konnte nach 1918/19 nur noch eingeschränkt die Rede sein. Das Frauenwahlrecht und die politische Integration der Arbeiterbewegung sorgten für einen Emanzipationsschub, der nicht spurlos an der Gesellschaft vorüberging. Insgesamt gewann die Gesellschaft an Bedeutung gegenüber der staatlichen Herrschaft. Gerade der preussische

Obrigkeitsstaat hatte im Krieg nicht das geliefert, was sich seine Befürworter versprochen hatten. Er war am meisten reformbedürftig. Preußen, das Bollwerk monarchischer Prärogativen und aristokratischer Politik, wurde nach 1918 zum Bollwerk der Demokratie. Die Demokratisierung der Beamtenschaft entzog dem alten Weltbild seine wichtigsten Stützen.

Ihre größere Mündigkeit gab der deutschen Gesellschaft noch keine Identität. Die Weimarer Gesellschaft war eine tief verunsicherte Gesellschaft. Der Gründungskompromiss, auf dem die Republik beruhte, war genauso brüchig und wenig belastbar wie die Loyalität der Bevölkerung gegenüber der Politik im Reich. Die tiefe Verunsicherung rührte von den widersprüchlichen Erfahrungen der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Modernisierung und der Weltkriegsniederlage her. Die Erweiterung individueller politischer und sozialer Rechte und der Ausbau des Wohlfahrtsstaates besiegten nicht die Frustration in der politischen Öffentlichkeit über die Niederlage und die Reparationen. Die Weimarer Gesellschaft hungerte nach Orientierung. Republik und Demokratie blieben relativ abstrakte Vorstellungen, die zeitgenössisch wenig zur politischen Sinngabe beitrugen, was die immer bemühten und ästhetisch sparsamen Verfassungsverfeinerer am 11. August alljährlich erneut demonstrierten. Anerkennung konnte sich die Republik letztlich nur durch materielle Verteilungserfolge in der Sozialpolitik sichern. Um damit aber erfolgreich zu sein, fehlte die Verteilungsmasse.

Die Fragmentierung der Weimarer Gesellschaft wurde als »geistige Zerrissenheit« wahrgenommen, nicht aber institutionell ausgetragen. Die politische Ordnung Weimars ermöglichte es durch ihr Arrangement von Institutionen und Zuständigkeiten sehr wohl, Konflikte im System und nicht gegen das System auszutragen. Der antipluralistische Effekt stand dem freilich entgegen. Der geregelte Konfliktaustrag schien die Ordnung zu stören. Dem Hunger nach Sinn kamen Metastrategien entgegen, die eine Einheit oberhalb der Konfliktparteien konstruierten. Die wichtigste Strategie war die Ethisierung der politischen und gesellschaftlichen Begriffe, wodurch alles und jedes sittlich interpretiert wurde. Das Muster »gut/schlecht« war damit in der Politik allgegenwärtig. Nicht durch die Politik, die Parteien oder die Republik sollte Deutschland wieder auf die Beine kommen, sondern durch das apolitisch verstandene Sittliche. Unter dieser Leerformel ließ sich leicht Einverständnis herstellen. Gerade die Weimarer Vernunftrepublikaner setzten auf den Sittlichkeitsdiskurs. Auf die »geistige Zerrissenheit« antwortete aber auch die Historisierung deutscher Identität und Größe. Der Blick in die Vergangenheit, vor allem in die Zeit der Befreiungskriege, band die deutsche Identität an den Kampf gegen äußere Feinde, zumal gegen Frankreich. Als Minimalkonsens kam noch die Kulturalisierung der Politik in Betracht. 1932 war ein Goethejahr. Die Verfassungsfeiern vom 11. August 1932 waren in vielen Fällen Goethefeiern. Im Ergebnis mobilisierten zwar alle drei Strategien der Ethisierung, Historisierung und Kulturalisierung für das politische Gemeinwesen. Eine Möglichkeit zum Kompromiss zwischen den verschiedenen Weltanschauungen eröffneten sie aber nicht. Wer sich auf das Sittliche berief, konnte schlecht Kompromisse eingehen.

Es gab aber auch Gegenbewegungen, die das Bekenntnis zur Republik mit der Be-

reitschaft zum Kompromiss verbunden. Diese Republikaner fanden sich in den Parteien und außerhalb. Republiktreue Sozialdemokraten wie der Theoretiker Georg Decker waren sich über die Notwendigkeit im Klaren, neue Antworten auf die gesellschaftlichen Probleme der Weimarer Republik zu finden. 1929 schrieb er in der »Gesellschaft«: »Die alte Schönheit ist nicht mehr wahr, die neue Wahrheit ist noch nicht schön.«¹⁰

Decker warb für ein nüchternes, gleichsam von neuer politischer Sachlichkeit geprägtes Verhältnis zu Republik und Demokratie, das den Kompromiss nicht verteilte, sondern zum legitimen Bestandteil politischer Arbeit erklärte. Damit formulierte er das Credo der schmalen, jedoch publizistisch einflussreichen Gruppe von Vernunftrepublikanern. Hierzu gehörten Intellektuelle wie der Historiker Friedrich Meinecke ebenso wie Politiker wie Josef Wirth von der Zentrumspartei und Außenminister Gustav Stresemann von der Demokratischen Volkspartei. Aufsehen erregte die politische Konversion des Ernationalisten Thomas Mann (Betrachtungen eines Unpolitischen, 1918) zum Republikanhänger. 1922 setzte er sich in einer Rede vor Breslauer Studenten dezidiert für einen Brückenschlag zwischen Kultur und Republik ein:

Es ist löblich, es ist ein Zeichen von Geist, äußere Tatsachen zu bekämpfen, sofern sie mit den inneren nicht übereinstimmen und also zwar Wirklichkeit, aber nicht Wahrheit sind. Es ist dagegen absurd und nichts weiter, Tatsachen zu leugnen und sich im Wirklichen nicht ausprägen lassen zu wollen, die es für jedermann innerlich sind, auch für die Leugner und Opponenten. Studentenschaft! Bürgertum, eingesprenkelt in die Reihen der akademischen Jugend! Die Republik, die Demokratie sind heute solche inneren Tatsachen, sind es für uns alle, jeden Einzelnen, und sie leugnen heißt lügen!¹¹

Staat und Republik waren nach Mann jetzt die Sache jedes Einzelnen, »unsere Sache« geworden.

Das vernunftrepublikanische Wir umfasste keine Vertreter von Wirtschaft und Industrie. Auch die DVP, die Partei Gustav Stresemanns, geizte mit Bekenntnissen zur Republik – sehr zum Unwillen Stresemanns. Der Republikanismus blieb ein soziales und kulturelles Elitenphänomen, gegen das sich leicht sozialer Protest mobilisieren ließ. Die Vernunftrepublikaner gerieten schon früh in die Defensive. Sie konnten sich in ihrem eigenen Haus nicht sicher fühlen. Dies lag auch daran, dass die überalterten republikanischen Eliten keinen Anschluss an die Jugendkultur nach 1918 fanden. Deren mentale Leitbilder an den Rändern des Parteienspektrums orientierten sich nicht an der Vergangenheit, sondern an der Zukunft. Der Radikalität schien die Zukunft zu gehören: so oder so.

Auf die Zukunft hin ausgerichtet waren die Leit- und Kampfbegriffe »Rasse«, »Klasse« und »Masse«. Die Rhetorik der »Rasse« war für die Binnenintegration in der NSDAP entscheidend. Die Parteiführung stellte in den Wahlkämpfen zwischen 1928 und 1933 dagegen die »Rasse« und den »Antisemitismus« noch hinter dem »Kampf gegen Moskau« und gegen das »System von Weimar« zurück. Der linke Gegenentwurf zur »Rasse« war die »Klasse«, die ihrerseits auf unüberwindliche Vorbehalte im bürgerlichen Lager

stieß. Lagerübergreifend galt dagegen der Begriff der »Masse«. Die Agitation der politischen Linken stellte die Arbeiter- und Soldatenmassen als politisches Subjekt in den Mittelpunkt. Je weiter nach links man blickte, desto aktiver wurden die »Massen«. Auf der äußersten Linken wimmelte es von Begriffen wie »revolutionärer Massenpolitik«, »revolutionärer Massenarbeit« und »Massenkampf«. Auf der politischen Rechten dagegen stellte die Masse den Adressaten der Agitation dar, sie war passiv und wollte bewegt werden. Die »Masse« war damit das genaue Gegenteil eines republikanischen Staatsvolkes.¹² Sie beschrieb ein staatsfernes Kollektiv, das sich je nach politischer Absicht ganz unterschiedlich füllen ließ.

Wichtiger als die »Masse« war das »Volk«. Sowohl die Republikanhänger als auch ihre Gegner bezogen sich darauf. Mental erkannte sich eine Mehrzahl der Deutschen in dem Begriff der »Volksgemeinschaft« schon deshalb wieder, weil er stärker als die »Nation« oder das »Reich« affektiv aufgeladen war und den Solidaritätsgedanken in den Mittelpunkt stellte. Diese mobilisierende Wirkung, von der man sich etwas versprechen konnte, war für die soziale Breitenwirkung des Begriffes ausschlaggebend. Die soziale Bedeutung von »Volksgemeinschaft« richtete sich nicht zuletzt gegen das Distinktionsgehabe der alten Eliten. Die »Volksgemeinschaft« setzte sich von der konservativen Reichs- und Staatsrhetorik ab. Die Solidarität unter den Trägern des Volksbegriffes sollte intensiviert, nicht die Reichweite eines Imperiums extensiviert werden. Ursprünglich aus dem Verteidigungskonsens während des Weltkrieges entstanden, diente die Volksgemeinschaft in den wirtschaftlich schwierigen Weimarer Jahren zur apolitischen Begründung eines Verteilungskonsenses. In diesem Begriff war das soziale mit dem nationalen Interesse auf unpolitische Weise identisch geworden.

Im »Volk« waren staatliche Begriffe und Institutionen nicht mehr mitgedacht, was in der »Nation« noch der Fall gewesen war. Gleichzeitig wertete die Einheitsvorstellung einer »Volksgemeinschaft« die Vielzahl der Konflikte in der deutschen Gesellschaft als gemeinschafts- weil einheitsstündlich ab. Volk und Konflikt vertrugen sich nicht mehr. Gustav Radbruch blieb ein einsamer Rufer in der Wüste, als er die Parteien und mit ihnen die ganze Palette von politischen Konflikten in den Volksbegriff zu integrieren versuchte:

Wenn uns so auf der Hauptstraße der Verfassung die Parteien niemals begegnen (»Grüß mich nicht Unter den Linden!«), so begegnen sie uns öfter in den gesetzlichen Nebenstraßen: in den Wahlgesetzen, die bei der Regelung der Verhältniswahl nicht immer nur verschämt von »Wählergruppen«, sondern bisweilen schon unverfroren von »Parteien« reden, in den Geschäftsordnungen der Volksvertretungen, welche die parlamentarische Verfassung unverhohlen auf die Fraktionen gründen. Hier bricht die Erkenntnis durch, dass der Volksstaat unumgänglich ein Parteienstaat ist. Volk muss unvermeidlich ein Inbegriff streitender Parteien sein, solange nicht ein Engel vom Himmel uns die untrügliche Offenbarung des Allgemeinwohls gebracht hat.¹³

Die »Volks«-Rhetorik zog sich durch alle sozialen Schichten und war bis in die Arbeiterbewegung hinein anschlussfähig. Nicht zufällig führte die Mehrzahl der sozialdemokratischen Zeitungen diesen Begriff im Titel: »Volksblatt«, »Volksstimme«, »Volksfreund«, »Volkswacht« und »Volkszeitung«. Das Volk und die Volksgemeinschaft wurden in der

Weimarer Republik zu einem unentrinnbaren Legitimationstitel für politische Gruppen, gleichzeitig aber auch zu einer politischen Ermächtigungsformel ersten Grades.

Der Begriff „Volk“ wurde zum Gemeinplatz in allen Parteien genau in dem Moment, als er seine größte politische Aufwertung erfahren hatte. Staatsrechtlich war noch das Kaiserreich ein „ewiger Bund der deutschen Fürsten“, nicht des Volkes gewesen. Erst die Präambel der Weimarer Reichsverfassung von 1919 machte das deutsche Volk zum unumstrittenen Souverän: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Die Weimarer Republik war ein „Volksstaat“ und kein „Fürstenstaat“ mehr. Dennoch waren „Volk“ und „Volks-gemeinschaft“ auch deshalb so populär, weil das „Volk“ apolitisch verstanden werden konnte und damit jeder seine bevorzugten vopolitischen und sittlichen Inhalte in es hineinprojizieren konnte. Im Ergebnis nahm das Volk immer mehr staatsferne ethnische, auch rassische Bedeutungen an. Volk und Staatsvolk rückten damit allmählich auseinander. Mit der Zunahme staatsferner Selbstbeschreibungen im Volksgedanken geriet die für das 19. Jahrhundert so entscheidende Identität von Nation und Staat in Vergessenheit.

Die Zerstörung der Weimarer Demokratie

¹ Ernst Troeltsch, Die Fehlgeburt einer Republik. Spektrum in Berlin 1918 bis 1922, hrsg. von Johann Hinrich Claussen, Frankfurt a.M. 1994, 36f.

² Vgl. Heinrich A. Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924, Bonn 1985, S. 206–216.

³ Ebd.

⁴ Vgl. Siegfried Weichlein, „Die alte Schönheit ist nicht mehr wahr, und die neue Wahrheit ist noch nicht schön.“ Epochenwahrnehmungen und Zukunftsvorstellungen der republikanischen Kräfte in der Weimarer Republik, in: Karsten Fischer (Hrsg.), Neustart des Weltlaufs? Fiktion und Faszination der Zeitenwenden, Frankfurt a.M. 1999, S. 139–163.

⁵ Vgl. Karl-Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, Bonn 1988, S. 637.

⁶ Vgl. Wolfram Pyta, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

⁷ Carl Schmitt, Weiterentwicklung des totalen Staates in Deutschland (1933), in: ders., Verfassungsgeschichtliche Aufsätze aus den Jahren 1924–1954. Materialien zu einer Verfassungslehre, Berlin 1958, S. 362ff. (erschien zuerst Anfang Februar 1933 in der *Europäischen Revue*).

⁸ Hermann Heller, Rechtsstaat oder Diktatur, Tübingen 1930.

⁹ Vgl. Aufstieg oder Niedergang? Deutsche Wirtschafts- und Finanzreform 1929. Eine Denkschrift des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Berlin 1929.

¹⁰ Vgl. Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970.

¹¹ Petition von führenden Repräsentanten der Wirtschaft an den Reichspräsidenten vom

19. November 1932, in: Martin Broszat, Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1987, S. 199f.

Das „Dritte Reich“

¹ Daniela Münkel, Bauern und Nationalsozialismus. Der Landkreis Celle im Dritten Reich, Bielefeld 1991, S. 90ff.

² Kreisarchiv Celle, 281/1/2, Hanna-Fuess-Sammlung, Interview vom 21. April 1948.

³ Vgl. Peter Steinbach, Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen, Paderborn u.a. 2001, S. 39ff.; Hartmut Mehlinger, Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner, München 1998, S. 267ff.

⁴ Vgl. Martin Broszat u.a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bde. 1–6, München 1977–1983.

⁵ Martin Broszat, Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: ders. u.a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 4: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, München 1981, S. 691–709.

⁶ Vgl. Ian Kershaw, „Widerstand ohne Volk?“. Dissens und Widerstand im Dritten Reich, in: Jürgen Schmädeke/Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München/Zürich 1985, S. 779–798.

⁷ Vgl. Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Resistenz oder loyale Widerwilligkeit? Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 41 (1993), S. 99–116.

⁸ Vgl. Detlev Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1992, S. 97.

⁹ Vgl. dazu u.a. Robert Gellately, Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft, Paderborn u.a. 1993; Klaus-Michael Mallmann/Gerhard

Paul (Hrsg.), Die Gestapo. Mythos und Realität, Darmstadt 1995.

¹⁰ Vgl. zuletzt Martha Schaad, Frauen gegen Hitler. Schicksale im Nationalsozialismus, München 2002, S. 248ff. Ohne das mutige Verhalten der Frauen relativieren zu wollen, hat jüngst Wolf Gruner die These aufgestellt, dass die Wiederfreilassung der in der Rosenstraße inhaftierten und als „arisch versippt“ kategorisierten Personen von vornherein geplant war, da u.a. deren Arbeitseinsatz neu geregelt werden sollte und somit keine direkte Folge des öffentlichen Protestes war; vgl. Wolf Gruner, Die Fabrik-Aktion und die Ereignisse in der Berliner Rosenstraße, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 11/2002, S. 137–177.

¹¹ Dorothee von Meding, Mit dem Mut des Herzens. Die Frauen des 20. Juli, Berlin 1993.

¹² Vgl. Inge Deutschkron, Ich trug den gelben Stern, Köln 1978; dies., Berliner Juden im Untergrund, Berlin 1987.

¹³ Vgl. Michael Degen, Nicht alle waren Mörder. Eine Kindheit in Berlin, München 2001.

¹⁴ Gerd R. Ueberschär, Von der Einzelzeit des 20. Juli 1944 zur „Volksopposition“? Stationen und Wege der westdeutschen Historiographie nach 1945, in: ders. (Hrsg.), Der 20. Juli. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime, Köln 1994, S. 101–125.

¹⁵ Vgl. Christian Gerlach, Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion, in: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944, Hamburg 1995, S. 427–446.

¹⁶ Vgl. u.a. Wolfram Wette, Reichswehr, Wehrmacht, Antisemitismus und militärischer Widerstand (1933–1939), in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, Darmstadt 2000, S. 19–30; Hans Mommsen, Die Stellung der Militäropposition im Rahmen der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler, in: ebd., S. 119–134.

¹⁷ Vgl. u.a. Klaus von Dohnanyi, Heiden im Nazi-Terror, in: Die Politische Meinung 43 (1998), H. 341, S. 21–33.

¹⁸ Vgl. Inge Maršolek/René Ott, Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung, Bremen 1986.

¹⁹ Vgl. Ulrich Herbert, Arbeiterschaft im „Dritten Reich“. Zwischenbilanz und offene Fragen, in: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989), S. 320–360, hier S. 344.

²⁰ Vgl. Ludwig Eiber, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Hansestadt Hamburg in den Jahren 1929 bis 1939. Werftarbeiter, Hafenarbeiter und Seeleute: Konformität, Opposition, Widerstand, Frankfurt a.M. u.a. 2000.

²¹ Vgl. Michael Schneider, Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999, S. 701ff.

Ankunft im Westen

¹ Jürgen Habermas: Interview mit Barbara Freitag [1989], abgedr. in: ders.: Die nachholende Revolution. Kleine politische Schriften, Bd. VII, Frankfurt a.M. 1990, S. 99–113, hier S. 99.

² Anselm Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999; Ulrich Herbert (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002.

³ Amerikanische Direktive JCS 1067 des Generalstabs der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika an den Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland vom 26. April 1945, abgedr. in: Merith Niehuss/Ulrike Lindner (Hrsg.), Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 10: Besatzungszeit, Bundesrepublik und DDR 1945–1969, S. 40–46, hier S. 41f.

⁴ Anselm Doering-Manteuffel, Die Bundesrepublik in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949–1963, Darmstadt 1983, S. 30–35.

⁵ Erklärung von Bundeskanzler Adenauer vor dem Deutschen Bundestag, 21. 10. 1949, abgedr. in: Niehuss/Lindner, *Besatzungszeit* (wie Anm. 3), S. 202–205, hier S. 204f.

⁶ Edgar Wolfrum: *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur Bundesrepublikanischen Erinnerung 1945–1990*, Darmstadt 1999, S. 65–85.

⁷ Hermann Lübke, *Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein*, in: *Historische Zeitschrift* 236 (1983), S. 579–599, hier S. 585. Im Gegensatz dazu: Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

⁸ Klaus Schönhoven, *Aufbruch in die sozial-liberale Ära. Zur Bedeutung der sechziger Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), S. 123–145; Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammer (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000; Herbert, *Wandlungsprozesse (wie Anm. 2)*.

⁹ Julia Angster, *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westermisierung von SPD und DGB*, München 2003.

¹⁰ Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 413–418, Zitat S. 415.

¹¹ Frank Bösch, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei*, 1945–1969, Stuttgart/München 2001.

¹² Willy Brandt, *Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969*, abgedr. in: Klaus Stüwe (Hrsg.), *Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder*, Opladen 2002, S. 161–180, hier S. 163f., 180.

¹³ Interview mit Kurt Hager, in: *Stern*, Heft 16 vom 9. 4. 1987, S. 140.

¹⁴ Rundfunkinterview mit Michail Gorbatschow vom 30. 1. 1990, abgedr. in: *Deutschland-Archiv* 3 (1990), S. 468.

¹⁵ Rundfunkinterview mit dem französische

schon Staatspräsidenten François Mitterrand,

abgedr. in: *Informationen zur politischen Bildung* 250 (1996), S. 38.

Aufbruch im Osten?

¹ Milan Kundera, *Der Scherz*, München 1987, S. 85.

² Hermann Kant, *Das Impressum*, Berlin (DDR) 1972, S. 208f.

³ *Neues Deutschland* vom 20. 10. 1961.

⁴ Ebd.

⁵ Peter Hacks, *Ausgewählte Dramen*, Bd. 2, Berlin (DDR) 21981, S. 156.

⁶ Günter de Bruyn, *Vierzig Jahre. Ein Lebensbericht*, Frankfurt a.M. 1996, S. 185f.

⁷ Uwe Kolbe, *Bilder aus einem Panoptikum. Geschichten und Grotesken*, Frankfurt a.M. 1988, S. 79.

Weimar: Perikleisches Zeitalter

¹ Vgl. Siegfried Weichlein, *Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik. Lebenswelt, Vereinskultur, Politik in Hessen, Göttingen* 1996, S. 272.

² Vgl. Detlev Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*, Frankfurt a.M. 1987, S. 174.

³ Egon Erwin Kisch, *Der rasende Reporter*, Berlin 1924.

⁴ Marcellus Schiffer und Mischka Spoliansky, *Titel song für die Revue „Es liegt in der Luft“ (1928)*, in: David Midgley (Hrsg.), *Writing Weimar critical realism in German literature, 1918–1933*, Oxford 2000, S. 40.

⁵ Zit. in: Midgley (Hrsg.), *Writing Weimar (wie Anm. 4)*, S. 17.

⁶ Vgl. Walter Müller-Seidel, *Literarische Moderne und Weimarer Republik*, in: Karl-Dietrich Bracher, *Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.)*, *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft*, Bonn 21988, S. 429–453, hier S. 442.

der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.

²¹ *Welt am Montag* vom 23. 12. 1918.

²² Vgl. hierzu auch: Ernst Jünger, „Invictus victi victuri.“ *Der Vormarsch. Blätter der nationalistischen Jugend*, Juni 1928, S. 10–12.

NS-Staat

¹ Fania Fénelon, *Das Mädchenorchester in Auschwitz*, München 21991, S. 110ff.

² Vgl. Milan Kuna, *Musik an der Grenze des Lebens*, Frankfurt a.M. 1993, S. 42ff.

³ Vgl. Volker Dahm, *Nationale Einheit und partikuläre Vielfalt. Zur Frage der kulturpolitischen Gleichschaltung im Dritten Reich*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 43 (1995), S. 221–265.

⁴ Vgl. Adelheid von Saldern, „Kunst fürs Volk.“ *Vom Kulturkonservatismus zur nationalsozialistischen Kulturpolitik*, in: dies., *Politik – Stadt – Kultur. Aufsätze zur Gesellschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Hamburg 1999, S. 169–204, hier S. 179.

⁵ Vgl. Georg Bollenbeck, *Tradition, Avantgarde, Reaktion: Deutsche Kontroversen um die kulturelle Moderne 1880–1945*, Frankfurt a.M. 1999.

⁶ Adolf Hitler, *Mein Kampf*, München 1940 (494.–498. Aufl.), S. 331.

⁷ Walter Groß, *Kunst und Rasse*, in: *Kunst und Volk* 5 (1937), S. 318–325, hier S. 323.

⁸ Vgl. u. a. Hans-Ulrich Thamer, *Geschichte und Propaganda. Kulturhistorische Ausstellungen in der NS-Zeit*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 24 (1998), S. 349–381, hier S. 351;

Erhard Schütz, *Wunschkinder des Nationalsozialismus in Kultur und Künsten*, in: Bernd Sösemann (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft*, Stuttgart/München 2002, S. 221–238, hier S. 225.

⁹ Vgl. Peter-Klaus Schuster (Hrsg.), *Nationalsozialismus und „Entartete Kunst“*. Die „Kunststadt“ München 1937, München 21998, S. 87ff.

⁷ Vgl. Jost Hermand/Frank Trommler (Hrsg.), *Die Kultur der Weimarer Republik*, Frankfurt a.M. 1988, S. 162, Zitat Joseph Roth S. 166.

⁸ Vgl. hierzu Reinhard Mehring, *Thomas Mann. Künstler und Philosoph*, München 2001.

⁹ Axel Eggebrecht, in: *Die Weltbühne*, Heft 22 (1926), S. 229.

¹⁰ Martin Heidegger, *Sein und Zeit*, Tübingen 1979 (1. Aufl. 1927), § 27, S. 127f.

¹¹ Zit. nach: Kurt Nowak, *Geschichte des Christentums in Deutschland. Religion, Politik und Gesellschaft vom Ende der Aufklärung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts*, München 1995, S. 212–215. Das Zitat aus „Zwischen den Zeiten“ in: Jürgen Moltmann (Hrsg.), *Anfänge der dialektischen Theologie*, 2 Bde., München 1962/63, Teil II, S. 95–101, hier S. 95.

¹² Vgl. Hermand/Trommler (Hrsg.), *Die Kultur der Weimarer Republik (wie Anm. 7)*, S. 120, 173.

¹³ Rainer Maria Rilke, *Neunte Duineser Elegie*, in: ders., *Werke*, Bd. 1, 2, hrsg. von Ruth Sieber-Rilke und Ernst Zinn, Frankfurt a.M. 1980, S. 473–476, hier S. 474f.

¹⁴ Vgl. Hermand/Trommler (Hrsg.), *Die Kultur der Weimarer Republik (wie Anm. 7)*, S. 128.

¹⁵ Vgl. Winfried B. Lerg, *Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik*, München 1980.

¹⁶ Vgl. Heinrich A. Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1924*, Bonn 21985, S. 143.

¹⁷ Vgl. Peukert, *Die Weimarer Republik (wie Anm. 2)*, S. 174.

¹⁸ Heinrich A. Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933*, Berlin 1987, S. 253.

¹⁹ So Alfred Kerr zit. in: Bruno Walter, *Thema und Variationen. Erinnerungen und Gedanken*, Frankfurt a.M. 1963, S. 349.

²⁰ Vgl. Bernd Faulenbach, *Die Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in*

1927–1933, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1978, hier Bd. 1, S. 165–184.

⁹ Ebd., S. 369–393.

¹⁰ Erik Nörling, Wirtschaftsdemokratie. Zum Kongreß des ADGB, in: Metallarbeiterzeitung vom 1. 9. 1928, abgedr. in: Luthardt (Hrsg.), Sozialdemokratische Arbeiterbewegung (wie Anm. 8), hier Bd. 1, S. 293 ff.

¹¹ Artikel 163 der Weimarer Reichsverfassung, in: Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, hrsg. von Karl Panier, Leipzig 7. Aufl. o. J.

¹² Vgl. das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922, das Reichsjugendgerichtsgesetz von 1923 und die gesetzliche Regelung der Sozialfürsorge durch die Notverordnungen vom 13. 2. 1924 und 4. 12. 1924.

¹³ Artikel 165 der Weimarer Reichsverfassung, in: Die Verfassung des Deutschen Reiches (wie Anm. 11).

¹⁴ Vgl. Heinrich A. Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 1985, S. 557–572.

¹⁵ Volker Heitschel, Die Sozialpolitik der Weimarer Republik, in: Karl-Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, Bonn 1988, S. 197–217, hier S. 199.

Die deutsche Kriegswirtschaft

¹ Wesley K. Wark, The ultimate Enemy. British Intelligence and Nazi Germany 1933–1939, London 1985, S. 230 f.

² Vgl. Christof Mauch, Schattenkrieg gegen Hitler: Das Dritte Reich im Visier der amerikanischen Geheimdienste 1941–1945, Stuttgart 1999, S. 58 ff.

³ Der Parteitag der Ehre vom 8. bis 14. September 1936. Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongressreden, München 1936, S. 42.

⁴ So Werner Abelshauser, Kriegswirtschaft

Parteiauftrag:

Der neue Mensch

¹ Gerhard Scholz, Faust-Gespräche, Berlin 1967, S. 6 ff.

² Milan Kundera, Das Leben ist anderswo, München/Wien 1990, S. 299.

³ Die Ausbürgerung. Anfang vom Ende der DDR, hrsg. von Fritz Pleitgen, Berlin 2001.

⁴ Günter de Bruyn, Vierzig Jahre. Ein Lebensbericht, Frankfurt a. M. 1996, S. 215 f.

⁵ Stefan Heym, Der Winter unseres Mißverständnisses. Aus den Aufzeichnungen des OV Diversant, München 1996.

Wirtschaft und Sozialstaat

¹ Vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914–1924, Berlin 1980, S. 194.

² Vgl. Martin Geyer, Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne: München 1914–1924, Göttingen 1998.

³ Vgl. Gerald D. Feldman (Hrsg.), Konsequenzen der Inflation, Berlin 1989.

⁴ Angaben nach: Detlev Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt a. M. 1987, S. 125.

⁵ Angaben nach: Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, München 1984, S. 287.

⁶ Vgl. Knut Borchardt, Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre, in: ders., Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik, Göttingen 1982, S. 165–182, hier S. 179.

⁷ Vgl. Hans Jäger, Geschichte der Wirtschaftspolitik in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, S. 156.

⁸ Rudolf Hilferding, Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik, in: Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel, Protokoll, Berlin 1927, abgedr. in: Wolfgang Luthardt (Hrsg.), Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung

² Ralph Willett, The Americanization of Germany, 1945–1949, London/New York 21992, S. 19–24.

³ Günter Eich, Inventur, abgedr. in: Hermann Glaser, Die Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945–1948, Frankfurt a. M. 1990, S. 17 f.

⁴ Zit. in: Glaser, Kulturgeschichte (wie Anm. 3), S. 100.

⁵ Axel Schildt, Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und Zeitgeist in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995.

⁶ Axel Schildt, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1999, S. 68.

⁷ Udo Lindenberg, zit. in: Christoph Kleßmann/Georg Wagner (Hrsg.), Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945 bis 1990, München 1993, S. 294 f.

⁸ Kaspar Maase, Bravo Amerika. Erkundungen zur Jugendkultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, Hamburg 1992, S. 104–111, hier S. 104.

⁹ Schildt, Ankunft (wie Anm. 6), S. 70.

¹⁰ Maase, Bravo Amerika (wie Anm. 8), S. 131–140, betont allerdings den erweiterten Spielraum, den sich die Mädchen nach und nach verschafften.

¹¹ Zum Folgenden Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000; Ulrich Herbert (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002; Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 328–596.

¹² Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik (wie Anm. 11), S. 652–686; hier auch zum Folgenden.

¹³ Kolja Mensing, Papa, was ist eine Revolution? In: Die Tageszeitung vom 27. 1. 2001.

¹⁴ Florian Illies, Generation Golf. Eine Inspektion, Berlin 2000 (Klappentext).

¹⁰ Zit. nach: ebd., S. 217 f.

¹¹ Zit. nach: ebd., S. 98.

¹² Von Saldern, Kunst fürs Volk (wie Anm. 4), S. 182.

¹³ Vgl. Michael H. Kater, Gewagtes Spiel. Jazz im Nationalsozialismus, Köln 1995.

¹⁴ Vgl. Inge Marbolek/Adelheid von Saldern unter Mitarbeit von Daniela Münkkel, Monika Pater und Uta C. Schmidt (Hrsg.), Zuhören und Gehörtwerden, Bd. 1: Radio im Nationalsozialismus. Zwischen Lenkung und Ablenkung, Tübingen 1998.

¹⁵ Vgl. dazu ausführlich von Saldern, Kunst fürs Volk (wie Anm. 4), S. 182 ff.

¹⁶ Vgl. Peter Reichel, Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus, München/Wien 1991, S. 321 ff.

¹⁷ Zit. nach: Adelheid von Saldern, Kunst fürs Volk (wie Anm. 4), S. 183.

¹⁸ Vgl. dazu Daniela Münkkel, Produktions-sphäre, in: Marbolek/von Saldern, Zuhören und Gehörtwerden (wie Anm. 14), S. 99 f., 103.

¹⁹ Vgl. Elfie Rembold, Die Geburt der „deutschen Volksseele“ aus dem Geiste deutscher Barockmusik. Das Reichsbachfest in der Musikstadt Leipzig 1935, in: Adelheid von Saldern (Hrsg.), Städtische Repräsentationen in drei politischen Systemen. NS – DDR – BRD (Arbeitsmittel), Stuttgart 2004.

²⁰ Vgl. Rainer Stommer, Die inszenierte Volksgemeinschaft. Die „Thing-Bewegung“ im Dritten Reich, Marburg 1985.

²¹ Peter Reichel, Der schöne Schein (wie Anm. 16), S. 321.

Die Amerikanisierung

¹ Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–57 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Karl-Dietrich Bracher u. a., Bd. 2), Stuttgart 1981, S. 375; Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993.

der Abkommen über Investitionsbeteiligungen, 26. 6. 1975.

⁸ Heinz Bernhardt, Sortimentskonzeptionen – wichtige Instrumente für die sozialistische Verbraucherpreispolitik, in: Der Handel 4 (1975), S. 137–140, hier 138f.

⁹ SAPMO-BArch, ZPA, DY 30/31970/1, Büro Jarowinsky.

¹⁰ Ebd., Bl. 2.

¹¹ SAPMO-BArch, ZPA, DY 31976/2, Büro Jarowinsky, Information zu den Ergebnissen der weiteren Verbesserung mit Exquisit- und Delikaterezeugnissen, 16. 12. 1977, Bl. 2.

¹² SAPMO-BArch, ZPA, DY 30/31970/1, Büro Jarowinsky, Information zu Preisen an Honecker o. D. [1979], Bl. 1.

¹³ Vollständiger Abdruck in: Das Parlament 38/94 vom 23. 9. 1994, S. 13f.

¹⁴ Werkzeuge des SED-Regimes. Der Bereich kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski. Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, in: Zur Sache 2/94, Anlageband 3, Dokument 749, S. 3225f.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR, in: Deutschland Archiv 6, 1995, S. 588–602, Zitat S. 590.

¹⁷ Ute Reinhardt, Die verwaltete Krise, in: Tagesspiegel vom 30. 7. 1989; dazu u. a.: Neues Deutschland vom 3. 8. 1989 und Tagesspiegel vom 4. 8. 1989.

Weimarer Weltanschauungen

¹ Erich Fromm, Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. In: ders., Gesammelte Werke, hrsg. von Rainer Funke, Bd. 3, Stuttgart 1981.

² Vgl. Heinrich A. Winkler, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 1985, S. 146–151.

³ Vgl. hierzu Arend Lijphart, The Politics of Accommodation. Pluralism and Democracy in the Netherlands, Berkeley 1968.

⁴ Dies ist im Einzelnen dokumentiert in: Datenatlas zur religiösen Geographie im protestantischen Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg, hrsg. von Lucian Hölscher unter Mitarb. von Tillmann Bendikowski, Claudia Enders und Markus Hoppe, 4 Bde., Berlin 2001.

⁵ Vgl. die Bände zum Projekt „Solidar-gemeinschaft und Milieu. Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik“, z. B.: Bd. 1: Franz Walter, Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik, Bonn 1990.

⁶ Vgl. Norbert Busch, Katholische Frömmigkeit und Moderne. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Herz-Jesu-Kultes in Deutschland zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg, Gütersloh 1997.

⁷ Vgl. Kurt Nowak, Geschichte des Christentums in Deutschland. Religion, Politik und Gesellschaft vom Ende der Aufklärung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, München 1995, S. 217f.

⁸ Jüdische Rundschau vom 15. 11. 1918, S. 357.

⁹ Vgl. Fritz Stern, The Burden of Success: reflections on German Jewry, in: ders., Dreams and Delusions. The Drama of German History, New York 1987, S. 100.

¹⁰ Georg Decker (ursprünglich: Georg Jure Denicke), Offenbarungen der Tat, in: Die Gesellschaft 9 (1929), S. 224–235, hier S. 224.

¹¹ Thomas Mann, Von deutscher Republik, in: ders., Von deutscher Republik. Politische Reden und Schriften in Deutschland, hrsg. von Hanno Helbing, Frankfurt a. M. 1984, S. 118–159, hier S. 127.

¹² Vgl. Reinhard Koselleck, Artikel „Volk, Nation, Nationalismus, Masse“, XIV: Volk, Nation, Nationalismus und Masse 1914–1945, in: Geschichtliche Grundbegriffe Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 389–431, hier S. 417.

¹³ Gustav Radbruch, Parteienstaat und Volksgemeinschaft, in: Die Gesellschaft, 6, 2 (1929), S. 97–102, zit. in: Karl Egon Lönne (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918–1933, Darmstadt 2002, S. 321–326, hier S. 324.

¹¹ Norbert Frei, Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München 2002, S. 113.

¹² Ebd., S. 105ff.

¹³ Vgl. Alf Lüdtke, Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993, S. 283ff.

¹⁴ Vgl. u. a. Bernd Stöver, Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilbereiche, Düsseldorf 1993, S. 337ff.

¹⁵ Vgl. Ian Kershaw, Hitlers Macht. Das Profil der NS-Herrschaft, München 2001; ders., Hitler, 2 Bde.; Stuttgart 1998/2000.

¹⁶ Vgl. Wolfgang Benz, Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat, Frankfurt a. M. 1990, S. 16f.

¹⁷ Vgl. Daniela Münkel, Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernalltag, Frankfurt a. M./New York 1996, S. 361ff.

¹⁸ Stader Tageblatt vom 2. 10. 1934.

¹⁹ Lu Seegers, Wehrhaftigkeit, Sauberkeit und „deutsche Wertarbeit“. Die Inszenierung der Zwickauer Geschichte und Gegenwart bei den Stadtjubiläen im Nationalsozialismus und der DDR, in: Adelheid von Saldern (Hrsg.), Städtische Repräsentationen in drei politischen Systemen. NS – DDR – BRD (Arbeits-titel), Stuttgart 2004; vgl. auch Werner Freitag (Hrsg.), Das Dritte Reich im Fest. Führermythos, Feierlaune und Verweigerung in Westfalen 1933–1945, Bielefeld 1997.

²⁰ Vgl. Jörg Friedrich, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945, München 2002, S. 465ff.

²¹ Benz, Herrschaft (wie Anm. 16), S. 28.

„Volksgenossen“ und „Volksgemeinschaft“

¹ Geleitwort Joseph Goebbels' zur 10. Funkausstellung in Berlin vom 18. bis 27. August 1933, zit. nach: Heide Riedel, 70 Jahre Funkausstellung. Politik – Wirtschaft – Programm, Berlin 1994, S. 62.

² Vgl. Inge MarBolek/Adelheid von Saldern unter Mitarbeit von Daniela Münkel, Monika Pater und Uta C. Schmidt (Hrsg.), Zuhören und Gehörtwerden, Bd. 1: Radio im Nationalsozialismus. Zwischen Lenkung und Ablenkung, Tübingen 1998.

³ Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945, Herrsching 1984, S. 941

⁴ RSHA [II B 4–982/39 I] Erlaß vom 20. September 1939, abgedr. in: Joseph Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, Karlsruhe 1981, S. 305.

⁵ Vgl. RSHA [IV 1 Nr. 677 V/39–176] Erlaß vom 19. Oktober 1939, abgedr. in: ebd., S. 307.

⁶ Vgl. dazu allgemein Jeffrey Verhey, Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000.

⁷ Fritz Reinhardt, Vom Wesen der Volksgemeinschaft (Grundlagen, Aufbau und Wirtschaftsordnung des nationalsozialistischen Staates, Heft 8), Berlin 1937, S. 12f.

⁸ Ebd., S. 12.

⁹ Vgl. u. a. Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975.

¹⁰ Vgl. dazu u. a. Bernd Weisbrod, Der Schein der Modernität. Zur Historisierung der